



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

27. Jahrgang · Heft 7

Juli 1975

Grafik des Monats: Straßenverkehrsunfälle

Aufsätze:

Apotheken
Landtagswahl (Teil 2)
Studenten in einem 2. Studium
Auszubildende Industrie
Umweltschutz-Investitionen
Aktuelles aus der Industrie

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT

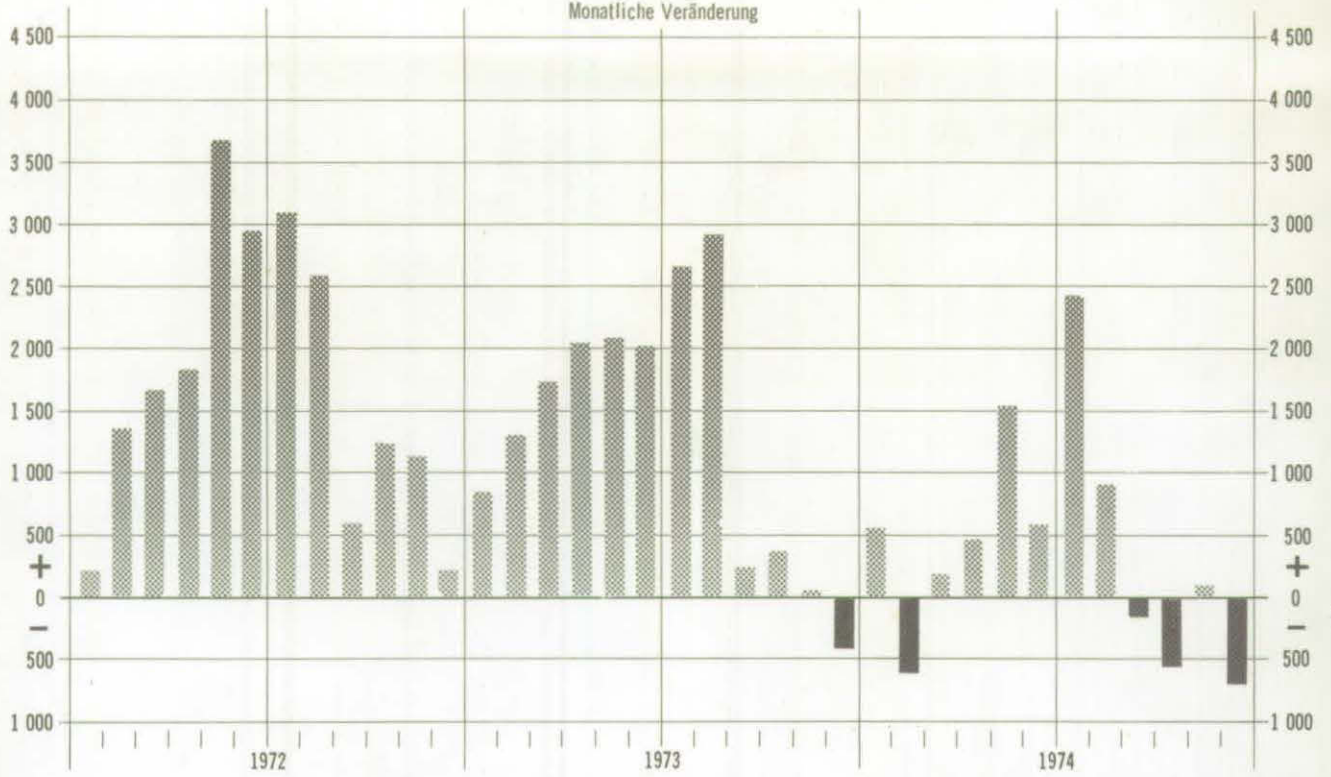


Herausgegeben vom

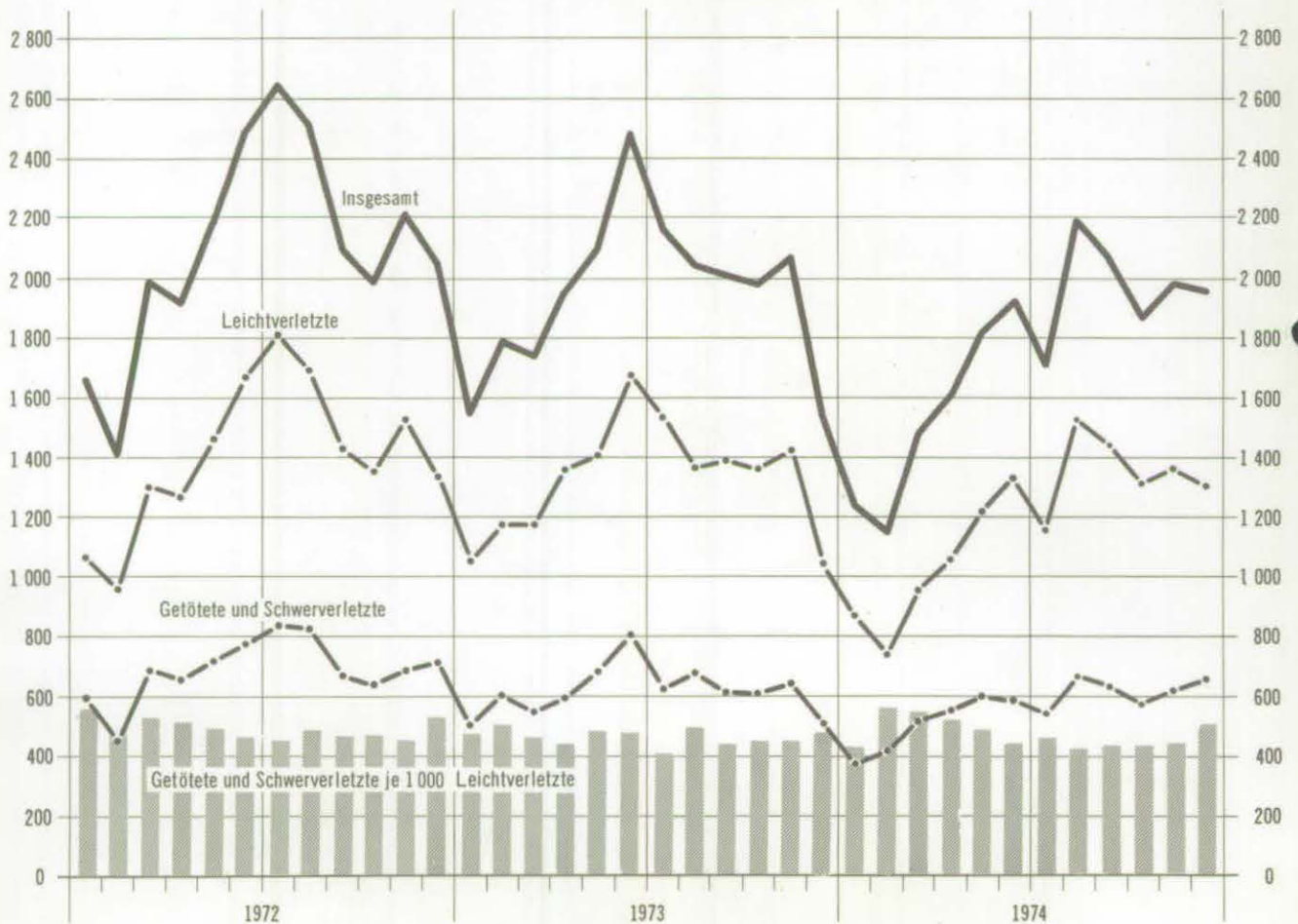
STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

Monatliche Veränderung



VERUNGLÜCKTE IM STRASSENVERKEHR



INHALT 7/75

	Seite
Aktuelle Auslese	149
Aufsätze	
Umsatz und Beschäftigte der Apotheken	150
Landtagswahl 1975 (Teil 2)	156
Deutsche Studenten an den Hochschulen in Schleswig-Holstein in einem zweiten Studium	162
Auszubildende in den schleswig-holsteinischen Industriebetrieben 1970 bis 1974	166
Investitionen für den Umweltschutz in den schleswig-holsteinischen Industriebetrie- ben 1971 bis 1973	168
Aktuelles aus der Industrie	170
Grafik des Monats	160
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A (allgemein)	3. Umschlagseite

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 2 / 1975

90 Jahre Raiffeisen
Baugewerbe am Wendepunkt?
Körperschaftsteuer 1971
Umsatzentwicklung im Gastgewerbe

Heft 3 / 1975

Mehrlingsgeburten
Ausländische Studenten
Struktur Löhne und Gehälter
Krankenversicherung

Heft 4 / 1975

Eheschließungen und -lösungen
Zur Statistik im Einzelhandel
Sozialprodukt (Teil 1)

Heft 5 / 1975

Geldwertsicherung mit statistischen Bezugsgrößen

Heft 6 / 1975

Erwerbstätige und Beruf (Teil 1)
Landtagswahl (Teil 1)
Bilanzstruktur 1969
Handwerk 1974
Ausländer in der Industrie



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

27. Jahrgang · Heft 7

Juli 1975

Aktuelle Auslese



Auftragsvolumen im öffentlichen Tiefbau hat sich erhöht

Im ersten Halbjahr 1975 wurden durch die öffentliche Hand in Schleswig-Holstein Tiefbauaufträge mit einem Gesamtwert von 362,3 Mill. DM vergeben. Gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum erhöhte sich die Auftragssumme um 90,6 Mill. DM. Das ist eine Zuwachsrate von 33 %.

Die Auftragszunahme erstreckte sich auf fast alle Bereiche des öffentlichen Tiefbaues. Der Auftragswert stieg gegenüber 1974 im Straßen- und Straßenbrückenbau um 40 % auf 179,7 Mill. DM, im Tiefbau an Bundeswasserstraßen um 142 % auf 70,1 Mill. DM und im wasserwirtschaftlichen Tiefbau um 25 % auf 69,1 Mill. DM. Nur im Bereich der sonstigen Tiefbauten sind die vergebenen Aufträge um 27 % auf 43,3 Mill. DM zurückgegangen. Von den Baulastträgern sind das Land Schleswig-Holstein mit seinen Gemeinden und Gemeindeverbänden mit 72 % und der Bund mit 28 % am Zuwachs beteiligt.

Von den 1 105 erteilten Tiefbauaufträgen hatten 23 eine Ausführungszeit von mehr als einem Jahr und 57 einen Auftragswert von über einer Million DM. Der größte Auftrag der ersten sechs Monate 1975 wurde im Juni statistisch erfaßt. Er wurde vom Land Schleswig-Holstein für die Vordeichung eines Elbabschnitts (Wedel-Haseldorf) vergeben.



Nachlassen des Bausparwillens im Jahre 1974

Die in Schleswig-Holstein wohnenden Bausparwilligen schlossen im Jahre 1974 mit den privaten und öffentlichen Bausparkassen des Bundesgebietes fast 81 000 neue Sparverträge ab, deren Vertragssumme sich auf 2,15 Mrd. DM belief. Die Bausparkassen waren damit erstmals seit der Rezessionsphase von 1967 wieder von einem spürbaren Geschäftsrückgang betroffen. Die Zahl der Neuabschlüsse war um 9 % und die

der Vertragssummen um 8 % niedriger als 1973. Die Ursache für die Entwicklung liegt auf der Hand: Die enormen Kosten für Bauleistungen und die hohen Zinssätze für Hypotheken und Zwischenkredite im Jahre 1974 sowie die stagnierende gesamtwirtschaftliche Entwicklung haben die Lust der Bevölkerung am Abschluß neuer Verträge offenbar erheblich gedämpft.

Auch die von den Bausparkassen vorgenommenen Auszahlungen (Spareinlagen, Baudarlehen aus Zuteilungen, Zwischenkredite) verminderten sich im gleichen Zeitraum um 8 % auf 1,02 Mrd. DM. Nicht zurückgegangen ist dagegen der Umfang der Ansparleistungen auf bestehende Verträge. Er hat sich sogar geringfügig um 1,6 % auf 669 Mill. DM erhöht.



243 000 Betten für Gäste

Nach einer Zählung der Beherbergungsstätten vom 1. April 1975 stehen in den 171 Berichtsgemeinden zur Fremdenverkehrsstatistik in Schleswig-Holstein rd. 243 000 Betten dem Fremdenverkehr zur Verfügung, das sind 5 429 Betten oder 2 % mehr als im Vorjahr.

Mehr Betten als im Vorjahr stellen lediglich die Privatquartiere zur Verfügung, während die Zahl der Fremdenbetten in den Beherbergungsbetrieben insgesamt nahezu unverändert geblieben ist. Mit rd. 117 000 Betten (+ 5 %) beträgt der Anteil der Privatbetten an der Gesamtzahl der Fremdenbetten 48 %. An zweiter Stelle liegen mit 63 000 Betten (- 1 %) und einem Anteil von 26 % die Betriebe des Beherbergungsgewerbes (Hotels, Hotels garni, Gasthäuser, Pensionen). In den gewerblich vermieteten Ferienhäusern und -wohnungen werden 51 000 Betten (- 2 %) angeboten; ihr Anteil beträgt 21 %. In Erholungsheimen, die meist von Unternehmen und sozialen Einrichtungen unterhalten werden, befinden sich noch 8 173 (+ 9 %), ferner in Heilstätten und Sanatorien 4 017 Betten (+ 19 %). An der Gesamtzahl der Fremdenbetten haben sie einen Anteil von 3 bzw. 2 %.

Umsatz und Beschäftigte der Apotheken

Das Jahr 1958 markiert den Beginn eines neuen Abschnittes in der Geschichte des Apothekenwesens, denn in jenem Jahr hob das Bundesverfassungsgericht die Niederlassungsbeschränkung für öffentliche Apotheken - nur von ihnen ist hier die Rede - auf. Diese Entscheidung führte in der Folgezeit zu zahlreichen Neugründungen, wobei, wie Tabelle 1 zeigt, die Zahl der Apotheken in den Jahren 1958 und 1959 besonders stark zunahm. In Schleswig-Holstein gibt es mittlerweile etwa 480 Apotheken. Ihre Zahl hat sich seit 1957 also nahezu verdoppelt. In der Vergangenheit sind nur wenige Apotheken aufgegeben worden. Die Differenz zwischen der Zahl der Apotheken am Anfang und am Ende eines Kalenderjahres stimmt folglich mit der Zahl der im Verlauf eines Jahres erfolgten Neugründungen weitgehend überein.

Im Bundesgebiet ist die Zahl der Apotheken seit 1957 ebenfalls kräftig angestiegen. Während am 31. 12. 1957 insgesamt 7 109 Apotheken bestanden, betrug ihre Zahl Ende 1973 genau 12 545. Am 31. 12. 1974 dürften etwa 13 000 Apotheken bestanden haben.

Den Nutzen einer größeren Zahl von Apotheken hat die Bevölkerung. Während Ende 1957 in Schleswig-Holstein eine Apotheke durchschnittlich 9 167 Personen versorgte, kamen am 31. 12. 1973 auf eine Apotheke im Durchschnitt 5 669 Personen. Im Bundesdurchschnitt ist die Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln zwar besser als in Schleswig-Holstein - auf eine Apotheke kamen im Bundesdurchschnitt Ende vorigen Jahres 4 950 Einwohner - die Unterschiede im Versorgungsgrad haben sich jedoch merklich verringert.

Für eine differenziertere Betrachtungsweise des Versorgungsgrades der Bevölkerung müßte man wohl auch die räumliche Verteilung der Bevölkerung und der Apotheken berücksichtigen. Es liegt auf der Hand, daß bei einer räumlichen Ballung der Bevölkerung eine erhöhte Zahl von Apotheken nicht unbedingt auch die Versorgung verbessert. Eine verstärkte Konkurrenz unter den Apotheken kann sogar das Gegenteil bewirken. Sie kann nämlich dazu führen, daß nur die gängigen Artikel vorrätig gehalten werden, um über eine Erhöhung der Lagerumschlagshäufigkeit die Kosten je Artikel zu senken.

Innerhalb des Landes Schleswig-Holstein ist die Versorgung in den Städten erheblich günstiger als in den ländlichen Gebieten. So kamen in den kreisfreien Städten am 31. 12. 1973 im Durchschnitt 4 544 Einwohner

auf eine Apotheke. In den Kreisen waren es 6 223 Einwohner. Da die Arzneimittelversorgung in den kreisfreien Städten über dem Durchschnitt liegt, ist zweifellos darauf zurückzuführen, daß sich zahlreiche Bewohner des flachen Landes in den Städten ärztlich versorgen lassen, wo auch die Rezepte eingelöst werden. Von den kreisfreien Städten hatte Lübeck das ungünstigste, Neumünster das günstigste Verhältnis zwischen Einwohnern und Apotheken. Große Unterschiede bestehen auch zwischen den Kreisen. Hier bewegte sich die Relation Einwohner je Apotheke Ende 1973 zwischen 8 431 im Kreis Flensburg-Land und 5 168 im Kreis Ostholstein.

Zahl und Umsatz der Apotheken

Jahr	Bundesrepublik		Schleswig-Holstein	
	Öffentliche Apotheken		Umsatz ¹	Umsatz
	31. 12.	31. 12.	in Mill. DM	je Apotheke in 1 000 DM
1952	6 114	247		
1954	6 358	249	49,7	199,6
1956	6 641	247	56,9	230,4
1958	7 830	281	72,0	272,9
1960	8 832	321	89,5	284,9
1962	9 433	342	116,2	344,9
1964	9 866	358	137,6	387,5
1966	10 247	371	181,9	493,1
1968	10 703	384	240,6	628,3
1970	11 218	410	302,5	747,0
1972	11 989	433	391,7	919,5
1974	≈ 13 000	≈ 480	501,2	≈ 1 070,9

¹⁾ Umsatz einschließlich Umsatzsteuer, ohne Steuer für den Selbstverbrauch; ab 1968 steuerbarer Umsatz plus Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer.

In der Zeitspanne zwischen 1958 und 1974, in der sich die Zahl der Apotheken in Schleswig-Holstein fast verdoppelt hat, ist der Umsatz der Apotheken etwa auf das Siebenfache gestiegen. Während er im Jahre 1958 rund 70 Mill. DM (einschließlich Umsatzsteuer) betrug, lag er 1974 bei etwa 500 Mill. DM. Diese Angaben beruhen auf den Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistik. Sie wird jedes zweite Jahr aufbereitet. Deshalb ist in der Tabelle auch immer ein Jahr übersprungen worden. Für 1974 ist der Umsatz des Jahres 1972 mit Hilfe der Ergebnisse der Einzelhandelsstatistik, die monatlich die Umsätze und die Zahl der Beschäftigten des Einzelhandels branchenweise erfaßt, fortgeschrieben worden.

Wegen der Änderung des Umsatzsteuersystems im Jahre 1968 ist ein Vergleich der Jahres-

umsätze aus der Zeit vor 1968 mit den Umsätzen der Jahre ab 1968 problematisch. Zwar ist zwischen 1966 und 1968 - von 1968 an setzt sich der Umsatz aus dem steuerbaren Umsatz und der Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer zusammen - kein Bruch in der Umsatzentwicklung erkennbar, es ist jedoch wahrscheinlich, daß das neue Umsatzsteuersystem die Gewinnsituation der Apotheken und die Rentabilität des eingesetzten Kapitals beeinflußt hat. Ein derartiger Einfluß läßt sich wenigstens nicht ausschließen, wegen der komplexen Zusammenhänge allerdings auch nicht nachweisen. Fest steht jedoch, daß sich der starke Umsatzzuwachs ab 1968 fortgesetzt hat.

Die Umsätze der Tabelle beziehen sich nicht allein auf die Einzelhandelstätigkeit der Apotheken, sie umfassen auch die branchenfremden Umsätze der Apotheken. Man kann es auch so ausdrücken: Die angegebenen Umsätze stellen die gesamten Umsätze aller Unternehmen mit Schwerpunkt im Apotheken-Einzelhandel dar. Der Umsatz aus dem Verkauf von Arzneien an Kliniken ist also ebenso darin enthalten wie der Umsatz anderer Betriebsteile - manchen Apotheken ist eine Drogerie oder ein Reformhaus angegliedert. Für eine Unternehmensbetrachtung, die das Unternehmen ja in seiner Gesamtheit erfaßt, ist der geschilderte Umstand gegenstandslos. Wenn sich jedoch das Interesse, wie hier, auf den fachlichen Unternehmensteil "Apotheke", der allerdings in den meisten Fällen mit dem Unternehmen identisch ist, richtet, müssen die Aussagen hinsichtlich der absoluten Höhe des Umsatzes relativiert werden. Dies gilt auch für andere wertmäßige Größen, wie den Lagerbestand oder den Wareneinkauf.

Ebensowenig wie der Einzelhandelsumsatz der Apotheken läßt sich aus den vorhandenen Unterlagen der Umfang des Einzelhandels mit Arzneien ermitteln. Das hat verschiedene Gründe. Einmal sind - wie eben erwähnt - im angegebenen Umsatz der Apotheken auch branchenfremde Umsätze enthalten. Zum anderen handelt eine Apotheke nicht nur mit Arzneien, sondern auch mit anderen Erzeugnissen. Folgende Waren, die als apothekenübliche Waren bezeichnet werden, dürfen gemäß § 12 der Apothekenbetriebsordnung neben Arzneimitteln abgegeben werden:

Verbandsmittel

Mittel und Gegenstände zur Kranken- und Säuglingspflege

ärztliche, zahnärztliche und tierärztliche Instrumente

Mittel und Gegenstände der Hygiene und Körperpflege (Kosmetika)

diätetische Lebensmittel

Lebensmittel, soweit sie zur Vorbeugung und zur Heilung von Krankheiten bestimmt sind

Gewürze

Prüfmittel, Chemikalien, Reagenzien und Laboratoriumsbedarf

Gifte sowie Schädlingsbekämpfungsmittel und Pflanzenschutzmittel

Mittel zur Aufzucht von Tieren

Fruchtsäfte

Darüber hinaus werden Arzneimittel nicht nur von Apotheken, sondern auch von anderen Einzelhandelsgeschäften, hauptsächlich von Drogerien, Reformhäusern und Warenhäusern abgegeben. Zu diesem Ergebnis kommt man jedenfalls, wenn man das Arzneimittelgesetz durchsieht. Dort heißt es im § 29:

"Als Arzneimittel ... sind für den Verkehr außerhalb der Apotheken zugelassen ...

1.a) natürliche Mineral-, Heil- und Meerwasser" usw. (es folgt die Liste der Stoffe).

Beim näheren Hinsehen stellt man fest, daß diese Stoffe in der Apothekenbetriebsordnung nicht zu den Arzneimitteln gerechnet werden. Offenbar liegen dem Arzneimittelgesetz und der Apothekenbetriebsordnung verschiedene Arzneimitteldefinitionen zugrunde. Egal, ob man nun der Definition der Apothekenbetriebsordnung oder dem Arzneimittelgesetz folgt, in jedem Fall ist der Umsatz mit Arzneimitteln ohne zusätzliche Erhebungen nicht feststellbar.

Der kräftige Umsatzanstieg der Apotheken - richtig müßte es hier heißen: der Unternehmen mit Schwerpunkt im Arzneimittel-einzelhandel - in den vergangenen Jahren ist zu einem erheblichen Teil die Folge gestiegener Preise. In welchem Maße sie die Umsätze beeinflußt haben, läßt sich mit Hilfe des Index der Einzelhandelspreise, hier: des Index der Preise für Waren und Leistungen, die von Apotheken abgegeben werden, ermitteln. Bevor die Preisentwicklung dargestellt wird, sei kurz auf die Bildung der Arzneimittelpreise eingegangen. Anders als im übrigen Einzelhandel gelten für den Handel mit Arzneimitteln bestimmte Höchstpreise. Diese setzt der Bundesminister für Wirtschaft mit Zustimmung des Bundesrates im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern und, soweit deren Geschäftsbereiche berührt sind, dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und dem Bundesminister für Arbeit und Soziales durch Rechtsverordnung fest, wobei die Einkaufspreise und die Handelsspannen vorgegeben werden. Dabei ist den

Interessen der Arzneimittelverbraucher und der Apotheken gleichermaßen Rechnung zu tragen.

Leider gibt es keinen länderspezifischen Preisindex der Einzelhandelspreise. Die Preisentwicklung muß daher am Bundesindex der Einzelhandelspreise abgelesen werden. Wie sich die Preise der von Apotheken abgegebenen Waren und Leistungen in der Zeit zwischen 1962 und 1974 entwickelt haben, geht aus der folgenden Tabelle hervor. Den größten Sprung machte der Index zwischen 1970 und 1972, den geringsten zwischen 1962 und 1964. Dies deutet auf eine beschleunigte Preisentwicklung in den vergangenen Jahren hin. Im Vergleich zu 1962 lag der Index im Jahre 1974 um rund 50% höher. In dem betrachteten Zeitraum sind die Preise also um die Hälfte gestiegen.

Entwicklung der Preise und des Umsatzes

Jahr	Index der Einzelhandelspreise ¹	Meßzahlen des Umsatzes		Veränderung des Umsatzes in % ² real
		nominal	real	
1962	100,0	100,0	100,0	
1964	102,2	118,3	115,8	+ 15,8
1966	109,9	156,5	142,4	+ 23,0
1968	114,9	207,0	180,2	+ 26,5
1970	122,8	260,2	211,9	+ 17,6
1972	135,7	336,9	248,3	+ 17,2
1974	149,2	431,1	289,0	+ 16,4

1) Teilindex "Apotheken", Jahresdurchschnitt

2) Veränderung gegenüber dem Vorvorjahr

Aus dem Index der Einzelhandelspreise und den Meßzahlen des Umsatzes läßt sich eine Meßzahlenreihe der realen Umsätze gewinnen. Zu diesem Zweck werden die Meßzahlen der nominalen Umsätze durch den Index der Einzelhandelspreise dividiert und mit 100 multipliziert. Für die Apotheken steht das Ergebnis dieser Rechenoperation in Spalte 3 der Tabelle 2. Zieht man von den einzelnen Meßzahlenwerten die Zahl "100" ab, ergibt sich jeweils der prozentuale Zuwachs gegenüber dem Basisjahr. Dies gilt auch für den Preisindex. Der Tabelle 2 ist zu entnehmen, daß der nominale Umsatz zwischen 1962 und 1974 um 331% gestiegen ist. Der Realumsatz nahm in dieser Zeit um 189% zu. Die Preissteigerung betrug 49,2%. Dies ist gerade der Prozentsatz, um den der Meßzahlenwert für den Nominalumsatz des Jahres 1974 über dem Wert für den Realumsatz liegt. Die Division beider Meßzahlenwerte bestätigt dies.

Die Zuwachsraten beziehen sich auf einen Zeitraum von zwei Jahren. Rechnet man diese Werte auf jährliche Zuwachsraten um, muß man sich darüber im klaren sein, daß die

Zwischenwerte von dem Verlauf abhängen, den man für die Entwicklung zwischen den Berichtsjahren unterstellt. Eine mögliche Hypothese wäre ein gleichförmiger exponentieller Verlauf. Man unterstellt damit gleiche prozentuale jährliche Veränderungen zwischen jeweils zwei Berichtsjahren. Schätzwerte für diese Zuwachsraten erhält man, indem man die Zweijahreszuwachsraten durch 2 dividiert. Für die Zeit zwischen 1962 und 1964 ergibt sich danach ein jährlicher realer Zuwachs von 7,9%. Unter der Annahme eines exponentiellen Verlaufs beträgt der Zuwachs 7,6%. Der Unterschied ist also nicht sehr groß. Für die Zeit von 1962 bis 1974 errechnet sich eine durchschnittliche jährliche Zuwachsrate von etwa 9,2%.

Neben der Umsatzentwicklung interessiert vor allem auch der Durchschnittsumsatz je Unternehmen einer Branche. Teilt man den auf das Jahr 1974 fortgeschriebenen Umsatz der Umsatzsteuerstatistik durch die durchschnittliche Zahl der Apotheken, so erhält man einen Durchschnittswert in Höhe von gut 1 Mill. DM. Man muß zu diesem Ergebnis bemerken, daß im Gesamtumsatz auch der Umsatz der im Verlauf des Jahres 1974 gegründeten Apotheken enthalten ist.

Über die monatliche Umsatzentwicklung gibt die Einzelhandelsstatistik Auskunft. Ihre Ergebnisse beruhen auf den Angaben einer repräsentativen Zahl von Unternehmen. Die Zahl der berichtspflichtigen Apotheken beläuft sich z. Zt. auf ca. 140. Das sind etwa 30% aller Apotheken. Die Umsätze der berichtspflichtigen Unternehmen werden monatlich zum Landesergebnis hochgerechnet. Die hochgerechneten Werte werden dann auf eine feste Basis bezogen. Für die laufende Stichprobe bildet der Umsatz des Jahres 1970, geteilt durch 12, die Bezugsgröße. Das Ergebnis dieser Rechenoperation sind Meßzahlen, aus denen sich Veränderungsraten ableiten lassen. Anders als in den meisten Bereichen des Einzelhandels schwanken die Umsätze in den Apotheken von Monat zu Monat nur geringfügig. Für die Apotheken, die in den Seebädern liegen, trifft dies allerdings nicht zu. Dort sind die Umsätze in der Mitte des Jahres meist am höchsten. Das erklärt auch, warum die Umsätze aller Apotheken im Monat Juli über dem Jahresdurchschnitt liegen.

Neben dem Umsatz erfaßt die Einzelhandelsstatistik noch die Beschäftigten sowie jährlich den Inventurwert des Warenlagers am Anfang und am Ende eines Geschäftsjahres, die Wareneinkäufe und den Jahresumsatz mit und ohne Umsatzsteuer. Aus diesen Größen lassen sich wichtige betriebswirtschaftliche Kennziffern, wie die Rohertragsquote oder die

Lagerumschlagshäufigkeit gewinnen, die einen Einblick in das betriebswirtschaftliche Gefüge der Apotheken erlauben.

Der Rohertrag wird als die Differenz zwischen dem Umsatz ohne Mehrwertsteuer und dem Wareneinsatz definiert. Der Wareneinsatz errechnet sich nach folgender Formel:

$$\begin{aligned} & \text{Warenanfangsbestand} \\ + & \text{Wareneinkäufe} \\ - & \text{Warenendbestand} \\ = & \text{Wareneinsatz} \end{aligned}$$

Die Wareneinkäufe umfassen den Gesamtwert von Waren und Material zum Wiederverkauf. Er wird mit Einstandspreisen bewertet. Nicht zum Wareneinkauf gehören die vom Unternehmen verwendeten Betriebsstoffe, wie Büro- und Verpackungsmaterial. Um diese Vorleistungen unterscheidet sich der Rohertrag von der Bruttowertschöpfung, die neben der Abschreibung nur die in einem Unternehmen geschaffenen Einkommen (Löhne, Gehälter, Mieten, Pachten, Zinsen) einschließlich des Gewinns enthält.

Um den Rohertrag verschiedener Branchen vergleichbar zu machen, bezieht man ihn auf den Umsatz. Diese Relation heißt in der Statistik Rohertragsquote. In den Apotheken liegt die Rohertragsquote weit über dem Durchschnitt. Sie betrug im Jahre 1972 38,5%. Im gesamten Einzelhandel lag sie bei 26,5%. Diese Werte weichen von den Ergebnissen der Handels- und Gaststättenzählung (HGZ) des Jahres 1968 nur geringfügig ab. Die Apotheken hatten damals - die Ergebnisse der HGZ beziehen sich auf das Jahr 1967 - im Durchschnitt eine Rohertragsquote in Höhe von 38,0%. Für den gesamten Einzelhandel wurde eine Quote von 27,3% festgestellt. Im Bundesdurchschnitt wurden in der damaligen Zeit 37,5% bzw. 28,0% erzielt.

Eine relativ hohe durchschnittliche Rohertragsquote bedeutet nicht, daß auch das Betriebsergebnis, verstanden als Differenz zwischen Rohertrag und Kosten, der betrachteten Unternehmen oder der jeweiligen Branche entsprechend hoch ist. Dies folgt daraus, daß die Kosten nur einen Teil des Rohertrages darstellen. Der Fall, daß die Kosten größer als der Rohertrag sind, soll hier außer Betracht bleiben. Um die Frage beantworten zu können, ob die Apotheken verhältnismäßig hohe Betriebsergebnisse erwirtschaften, muß man also die Kosten kennen. Das ist jedoch noch nicht genug. Man muß auch wissen, welcher Rechtsform die betrachteten Unternehmen angehören. Die Rechtsform spielt insofern eine Rolle, als im Fall der Kapitalgesellschaften das Gehalt des Geschäftsführers bzw. des Vorstandes den Kosten zugerechnet wird. Zwangsläufig ist also - unter sonst

gleichen Umständen - das Betriebsergebnis einer Kapitalgesellschaft geringer als das einer Einzelfirma oder einer Personengesellschaft, wo die Unternehmensleitung in Händen des Inhabers oder der Inhaber liegt und Familienangehörige, ohne im befragten Unternehmen in einem vertraglichen Lohn-, Gehalts- oder Lehrverhältnis zu stehen, mithelfen.

Gemäß dem Gesetz über das Apothekenwesen darf eine Apotheke nur als Einzelfirma oder in der Form einer Personengesellschaft betrieben werden. Der Apotheker, der eine Apotheke betreiben will, bedarf dazu einer Erlaubnis. Er ist zur persönlichen Leitung der Apotheke verpflichtet. Betreiben mehrere Personen, auch Familienangehörige, eine Apotheke, bedürfen alle Gesellschafter der Erlaubnis. Daraus folgt, daß das Betriebsergebnis einer Apotheke nicht mit dem Betriebsergebnis eines Unternehmens in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft oder einer Branche, in der Kapitalgesellschaften vorherrschen, verglichen werden darf. Ein Vergleich mit den Branchen des Einzelhandels ist jedoch zulässig, da dort Einzelfirmen und Personengesellschaften unter Leitung der Inhaber und unter teilweiser Mitwirkung von Familienangehörigen vorherrschen. Gewisse Einschränkungen müssen jedoch gemacht werden.

Über die Höhe der Kosten und damit des Betriebsergebnisses informiert die Kostenstrukturstatistik. Kostenstrukturerhebungen finden in den einzelnen Erhebungsbereichen in einem vierjährigen Turnus statt. Die jüngsten Ergebnisse für den Einzelhandel beziehen sich auf das Geschäftsjahr 1969. Erhebungseinheit ist wie in der Einzelhandels- und Umsatzsteuerstatistik das Gesamtunternehmen. Erfasst werden u. a. die anfallenden Kosten nach Kostenarten, also z.B. Personalkosten, Mieten, Pachten, Zinsen sowie wesentliche Bezugsgrößen wie der Umsatz und der Wareneingang. In die Erhebung ist etwa jedes 25. Unternehmen - verteilt über das ganze Bundesgebiet - einbezogen worden. Da die Mitarbeit freiwillig ist, sind die Ergebnisse im Hinblick auf die Repräsentation mit einem gewissen Unsicherheitsmoment behaftet.

Einen Einblick in die Ertragslage der Apotheken, abgeleitet aus den Ergebnissen der Kostenstrukturstatistik, gibt die dritte Tabelle.

Der Rohertrag ist hier nicht auf den Umsatz, sondern auf die Gesamtleistung bezogen worden, worunter der Umsatz (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der Bestandsveränderung an selbsterstellten und bearbeiteten Waren zu verstehen ist. Da diese Bestandsveränderungen im Fall der Apotheken nur gering sind,

Rohertrag und Betriebsergebnis der Apotheken im Bundesgebiet im Jahre 1969

Gesamtleistung von ... bis unter ... DM	Erfaßte Unternehmen	Rohertrag in % der Gesamtleistung	Betriebsergebnis	Tätige Inhaber ¹	Betriebsergebnis je Inhaber ¹ in DM
100 000 - 250 000	28	37,2	15,7	1,2	26 583
250 000 - 500 000	124	36,1	16,7	1,1	56 597
500 000 - 1 Mill.	151	38,4	16,2	1,2	91 853
1 Mill. - 2 Mill.	99	38,3	15,1	1,2	172 918
2 Mill. - 5 Mill.	12	34,8	11,6	1,8	180 669

¹⁾ Tätige Inhaber und tätige Mitinhaber sowie unbezahlte mithelfende Familienangehörige

lassen sich die Rohertragsquoten der Einzelhandelsstatistik und der Kostenstrukturstatistik miteinander vergleichen. Wie man sieht, liegen die Rohertragsquoten in den einzelnen Größenklassen der Gesamtleistung verhältnismäßig nahe zusammen. Nur die Quote der obersten Größenklasse fällt mit 34,8% etwas aus dem Rahmen. Da die Ergebnisse der Kostenstrukturstatistik sowohl mit den Ergebnissen der Einzelhandelsstatistiken als auch mit den Ergebnissen der Handels- und Gaststättenzählung in Einklang stehen, dürften auch die übrigen Ergebnisse der Kostenstrukturerhebung den tatsächlichen Gegebenheiten in den Apotheken sehr nahe kommen.

Wie die Rohertragsquoten weichen auch die Betriebsergebnisse der Apotheken, bezogen auf die Gesamtleistung, von Größenklasse zu Größenklasse nur wenig voneinander ab. Eine Ausnahme bildet wiederum die oberste Größenklasse, für die ein Anteilswert von 11,6% ermittelt wurde. Die absoluten Betriebsergebnisse weichen dagegen erheblich voneinander ab. Während in der untersten Größenklasse rund 32 000 DM je Unternehmen im Durchschnitt erwirtschaftet wurden, wurde in der obersten Größenklasse ein Betriebsergebnis in Höhe von rund 325 000 DM erzielt. Im Durchschnitt wurde also in der Größenklasse von 2 bis 5 Mill. DM ein 10 mal höheres Betriebsergebnis als in der Größenklasse von 100 000 bis 250 000 DM erzielt.

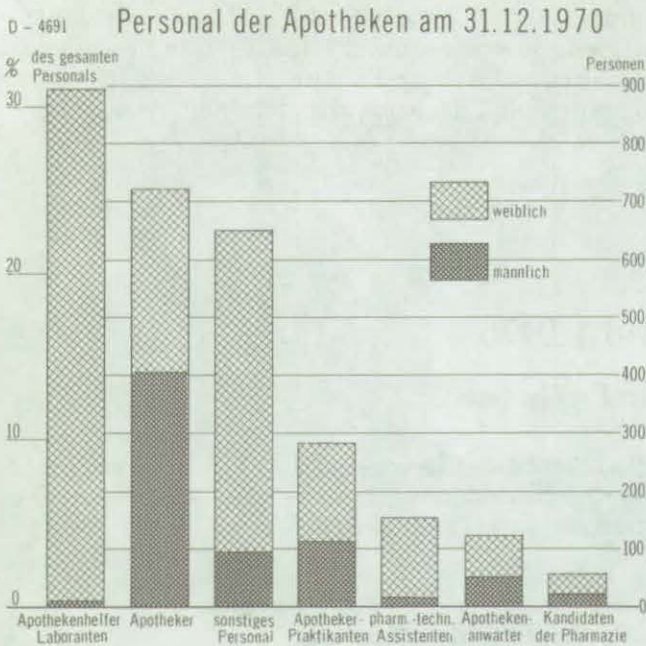
Vergleicht man die Betriebsergebnisse der Apotheken, bezogen auf die Gesamtleistung, mit den entsprechenden Ergebnissen der übrigen Branchen des Handels, dann zeigt sich, daß die Apotheken in jeder Größenklasse weit an der Spitze liegen. Selbst in den kleinen Apotheken wurde ein wesentlich höheres Betriebsergebnis als in den übrigen Branchen derselben Größenklasse erzielt. Bezieht man das Betriebsergebnis auf die Zahl der tätigen Inhaber, tätigen Mitinhaber und mithelfenden Familienangehörigen, vergrößern sich noch die Unterschiede. In der untersten Größenklasse der Apotheken ergibt sich pro Person ein Betriebsergebnis in Höhe von 26 583 DM. In den übrigen Branchen liegt dieser Quotient ausnahmslos unter 20 000 DM.

Man muß bei diesem Vergleich allerdings berücksichtigen, daß die zur untersten Größenklasse der Gesamtleistung gehörenden Apotheken sich nicht über die gesamte Klassenbreite verteilen, sondern sich an der Obergrenze der Größenklasse häufen, so daß das durchschnittliche Betriebsergebnis von vornherein relativ hoch ist. Bei einer anderen Größenklasseneinteilung würden die Betriebsergebnisse zweifellos etwas zusammenrücken. Ferner ist zu bedenken, daß unter allen Einzelhändlern der Apotheker der einzige mit einer vollen akademischen Ausbildung ist, was eine ähnliche Einkommenserwartung wie bei Ärzten oder Architekten nahelegt.

Wenden wir uns nun dem Personal und der Personalstruktur der Apotheken zu!

Über das Personal der Apotheken gibt u. a. die Statistik der Berufe des Gesundheitswesens Auskunft. Danach gab es am 31. 12. 1970 insgesamt 2 882 Erwerbstätige in öffentlichen Apotheken. Diese Zahl bezieht sich nur auf den fachlichen Unternehmensteil "Apotheke"; die Erwerbstätigen anderer Bereiche eines Unternehmens sind in dieser Zahl nicht enthalten, wohl aber die tätigen Inhaber und die mithelfenden Familienangehörigen. Die größte Gruppe der Erwerbstätigen bilden die Apothekenhelfer und Laboranten. Ihre Zahl betrug damals 894. Das sind 31% des gesamten Apothekenpersonals. Die weitere Reihenfolge - die Zahlen beziehen sich auf den 31.12.1970 - lautet: Apotheker (723), sonstiges Personal (653), Apotheker-Praktikanten (281), Pharmazeutisch-technische Assistenten (154), Vorgeprüfte Apotheken-Anwärter (119) sowie Kandidaten der Pharmazie (58).

Das Apothekenpersonal setzt sich überwiegend aus weiblichen Arbeitskräften zusammen. Ende 1970 waren von 4 Beschäftigten 3 weiblichen Geschlechts. Wie stark die weiblichen Arbeitskräfte in den einzelnen Gruppen vertreten sind, geht aus der obigen Grafik hervor. An der linken Skala läßt sich der relative Anteil einer Beschäftigtengruppe ablesen, an der rechten Skala die Besetzung der einzelnen Gruppen. Der Anteil der weiblichen Arbeits-



kräfte innerhalb einer Gruppe wird durch den schraffierten Teil einer Säule dargestellt. Man erkennt, daß nur in einer Gruppe die weiblichen Arbeitskräfte in der Minderzahl sind. Das ist die Gruppe der Apotheker. Hier hatten die männlichen Kollegen mit 56% ein leichtes Übergewicht. In den übrigen Gruppen sind die weiblichen Mitarbeiter in der Mehrzahl. Die Gruppe der Apothekenhelfer und Laboranten besteht fast nur aus weiblichen Kräften. Ende 1970 waren 99% der Apothekenhelfer und Laboranten weiblichen Geschlechts. Für die verbleibenden fünf Beschäftigtengruppen ergeben sich folgende Anteile (Ende 1970): Pharmazeutisch-technische Assistenten: 88%, sonstiges Personal: 85%, Kandidaten der Pharmazie: 62%, Apotheker-Praktikanten: 60% und vorgeprüfte Apotheker-Anwärter: 58%.

Will man feststellen, ob der Personalbestand der Apotheken nach 1970 angestiegen, gefallen oder konstant geblieben ist, muß man aus technischen Gründen das Personal der Krankenhausapotheken in den Vergleich mit einbeziehen, das sonstige Personal aber fortlassen. Die jüngsten Ergebnisse beziehen sich auf den 31. 12. 1973. An jenem Stichtag waren in allen Apotheken des Landes 2 204 Personen gegenüber 2 225 am 31. 12. 1970 beschäftigt. Der Personalbestand der Apotheken ist also - mit der obigen Einschränkung - etwas zurückgegangen, eine Feststellung, die durch die Ergebnisse der Einzelhandelsstatistik, gestützt wird. Dies ist um so bemerkenswerter, als im selben Zeitraum die Zahl der öffentlichen Apotheken um 45 zugenommen hat (die Zahl der Krankenhausapotheken hat sich nicht geändert). Zusätzliche Informationen zur Personalstruktur der (öffentlichen) Apotheken liefert die Arbeitsstättenzählung (AZ) des

Jahres 1970 mit Stichtag 25. Mai. Hinsichtlich der wirtschafts-systematischen Zuordnung eines Unternehmens oder einer Arbeitsstätte fußt sie auf demselben Konzept wie die Einzelhandels- oder Umsatzsteuerstatistik. Die Arbeitsstättenzählung bestätigt das Übergewicht der weiblichen Arbeitskräfte. Daß ihr Anteil genau so hoch ist wie in der Statistik des Gesundheitswesens, nämlich genau 75%, mag allerdings dem Zufall zu verdanken sein. Die Zahl der tätigen Inhaber belief sich am 27. 5. 1970 auf 404. Das sind 14% der durch die AZ festgestellten Beschäftigten. Die Zahl der tätigen Inhaber ist etwas größer als die Zahl der erfaßten Arbeitsstätten. Einige Apotheken werden also von zwei oder mehr Inhabern geführt. Etwa jeder fünfte Inhaber oder Mitinhaber ist weiblichen Geschlechts. Zum Vergleich; im gesamten Einzelhandel ist jeder dritte Inhaber oder Mitinhaber eine Frau. Die mithelfenden Familienangehörigen spielen in den Apotheken keine Rolle. Ihre Zahl macht noch nicht einmal 1% der Beschäftigten aus. Ganz anders ist die Situation im gesamten Einzelhandel. Hier beträgt der Anteil der mithelfenden Familienangehörigen im Durchschnitt 7%. Umgekehrt verhält es sich mit den Teilbeschäftigten. Während in den Apotheken etwa 20% der Beschäftigten teilbeschäftigt sind, kommt der gesamte Einzelhandel im Durchschnitt mit 18% aus.

Wie überall gibt es auch unter den Apotheken verschieden große Unternehmen. Das hat schon die letzte Tabelle gezeigt. Nimmt man die Zahl der Beschäftigten zum Maßstab, ergibt sich folgende Verteilung. Zum Vergleich ist die Verteilung aller Einzelhandelsunternehmen nach Beschäftigtengrößenklassen hinzugefügt worden.

Tätige Personen je Arbeitsstätte	Arbeitsstätten im Einzelhandel	
	Einzelhandel	darunter Apotheken
	Stand: 27. 5. 1970	
1	6 441	-
2	6 001	8
3 - 4	4 585	48
5 - 9	2 970	269
10 - 19	858	67
20 - 49	335	5
50 - 99	57	-
100 und mehr	61	-
Insgesamt	21 308	397

Betrachtet wird die Verteilung der Mitte 1970 in Schleswig-Holstein vorhandenen Arbeitsstätten. Darunter versteht man jede örtliche Einheit, in der Personen unter einheitlicher technisch-organisatorischer Leitung zu gemeinsamer Tätigkeit zusammengefaßt sind und wo mindestens eine Person regelmäßig haupt- oder nebenberuflich tätig ist.

Wie man sieht, gab es Mitte 1970 keine Apotheken mit weniger als 2 Beschäftigten. Es gab aber auch keine Apotheke mit mehr als 49 Beschäftigten. Die Mehrzahl der Apotheken, nämlich 269 gleich 68%, hatte 5 bis 9 Beschäftigte. Im gesamten Einzelhandel sieht die Häufigkeitsverteilung ganz anders aus. Hier

dominiert die Arbeitsstätte mit einem Beschäftigten, wovon es am 27. 5. 1970 in Schleswig-Holstein 6 441 gab. Die folgenden Größenklassen sind dann jeweils schwächer besetzt.

Karlheinz König

Landtagswahl 1975

Teil 2: Regionale Ergebnisse

Ergebnisse für kreisfreie Städte und Kreise

Wahlbeteiligung in den Kreisen höher als in den kreisfreien Städten

Von den 1,8 Millionen Personen, die zur Landtagswahl stimmberechtigt waren, wohnen 500 000 oder 27% in den vier kreisfreien Städten und 1,3 Millionen oder 73% in den elf Kreisen. Der Anteil der kreisfreien Städte hat sich gegenüber 1971 um über einen Punkt vermindert, da hier die Zahl der Wahlberechtigten um fast 19 000 oder 3,6% zurückging, während sie in den Kreisen um 51 000 oder 4% stieg. In den kreisfreien Städten ist ausnahmslos ein Rückgang zu verzeichnen; am höchsten war er in Kiel mit 10 000 oder 5%. Von den Kreisen weisen nur Dithmarschen und Steinburg eine geringere Zahl als 1971 auf, in allen anderen ist sie höher. Besonders kräftig war die Zunahme im Kreis Segeberg mit über 14 000 oder 12,5%, was zum Teil auf Norderstedt (+ 3 500) zurückzuführen ist.

Die Wahlbeteiligung war wiederum in den Kreisen höher als in den kreisfreien Städten. Sie belief sich in den Kreisen auf 83,2% und in den kreisfreien Städten auf 80,0%; im Landesdurchschnitt sind es 82,3% gewesen. Die höchste Wahlbeteiligung ergab sich wie 1971 im Kreis Plön mit 85,9% sowie in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde und Steinburg mit jeweils 83,9%. Das Schlußlicht bilden die kreisfreie Stadt Flensburg (79,2%) und der Kreis Nordfriesland (79,9%). In allen anderen Kreisen und kreisfreien Städten lag die Wahlbeteiligung bei und über 80%. Sie war jedoch in sämtlichen kreisfreien Städten unterdurchschnittlich. Gegenüber 1971 ist die Wahlbeteiligung in allen Kreisen und kreisfreien Städten gestiegen. Besonders kräftig war die Zunahme in den Kreisen Rendsburg-Eckernförde (+ 3,9 Punkte) und Segeberg (+ 3,7 Punkte). Die starke Verbesserung im Kreis Nordfriesland (+ 7 Punkte) ist nicht echt, da in dem zu diesem Kreis gehörenden

Wahlkreis 5 Husum-Land 1971 eine Nachwahl stattgefunden hatte, bei der die Wahlbeteiligung besonders niedrig gewesen war.

CDU verteidigte in allen Kreisen die absolute Mehrheit

Die CDU stellt in allen elf Kreisen und in Neumünster die stärkste Partei. In den Kreisen konnte sie wie 1971 überall die absolute Mehrheit erringen. Die größten Anteile erzielte sie in Dithmarschen (55,8%), Steinburg (53,6%) und Segeberg (53,5%). Auch bei der Landtagswahl 1971 lag in Dithmarschen (57,6%) ihr bestes Ergebnis. Die Stimmenanteile der CDU gingen jedoch gegenüber 1971 in allen Kreisen und kreisfreien Städten zurück. Im Durchschnitt der kreisfreien Städte waren es 1,1 Punkte und bei den Kreisen 1,9 Punkte gegenüber 1,5 Punkten im Landesdurchschnitt. Besonders stark war der Rückgang im Kreis Schleswig-Flensburg mit 4 Punkten von 56,5% auf 52,5%. Hier wie auch in Steinburg und den kreisfreien Städten mußte die CDU - wenn auch nur geringfügige - absolute Stimmenverluste hinnehmen. Der Abstand zur SPD ist aber, obwohl er sich durchweg verringert hat, immer noch sehr groß. Im ungünstigsten Kreis in Plön macht er 10,7 Punkte aus. Anders sieht es in den kreisfreien Städten aus. Hier ist der Abstand zwischen CDU und SPD meist gering, so daß es häufiger zu einem Wechsel in den Mehrheitsverhältnissen kommt. Dieses Mal gab es einen Wechsel in Lübeck. Dort ging die Mehrheit an die SPD (CDU: 46,0%, SPD: 46,2%), während die 1971 von der CDU in Neumünster eroberte Mehrheit gehalten wurde.

Vergleicht man das Ergebnis der Landtagswahl 1975 mit dem der Kreiswahl 1974, so ergibt sich für die CDU folgendes Bild: Insgesamt gingen ihre Stimmenanteile um 2,7 Punkte zurück, in den kreisfreien Städten sind es 3,3 Punkte und in den Kreisen 2,6 Punkte. An den Mehrheitsverhältnissen in den Kreisen

Stimmenverteilung der Landtagswahlen 1971 und 1975
in den Kreisen

KREISFREIE STADT Kreis	Stimmenanteile der					
	CDU		SPD		FDP	
	in %					
	1971	1975	1971	1975	1971	1975
FLensburg	39,7	38,4	40,6	39,3	2,3	5,5
KIEL	43,5	42,8	50,5	49,1	3,9	7,1
LÜBECK	47,3	46,0	46,8	46,2	3,7	6,5
NEUMÜNSTER	49,1	47,6	45,0	44,8	4,3	6,7
zusammen	45,0	43,9	47,1	46,2	3,7	6,6
Dithmarschen	57,6	55,8	35,5	36,5	3,4	6,3
Hzgt. Lauenburg	54,8	53,3	39,5	38,5	3,7	7,2
Nordfriesland	55,0	52,2	33,9	33,9	4,6	8,4
Ostholstein	54,4	52,5	40,4	40,2	3,5	6,4
Pinneberg	51,4	50,8	42,3	39,5	4,5	8,4
Plön	52,9	51,9	42,0	41,2	3,1	5,9
Rendsburg-Eckernförde	55,1	52,9	38,7	38,4	3,6	7,1
Schleswig-Flensburg	56,5	52,5	32,4	34,1	3,2	6,1
Segeberg	55,9	53,5	37,5	36,7	4,6	8,8
Steinburg	55,2	53,6	39,2	39,3	3,1	5,8
Stormarn	52,9	52,4	40,5	38,2	4,8	8,3
zusammen	54,6	52,7	38,6	37,9	3,9	7,3
Schleswig-Holstein	51,9	50,4	41,0	40,1	3,8	7,1

hat sich nichts geändert, obwohl die CDU teilweise kräftige Einbußen hinnehmen mußte. In den kreisfreien Städten, die 1974 alle eine CDU-Mehrheit aufwiesen, wurde sie jedoch bis auf Neumünster von der SPD auf den zweiten Platz verdrängt.

Die SPD stellt 1975 in Flensburg (39,3%), Kiel (49,1%) und in Lübeck (46,2%) die stärkste Partei. Sie konnte jedoch in keiner kreisfreien Stadt die absolute Mehrheit erringen; 1971 war ihr dies noch in Kiel (50,5%) gelungen. Unter den Kreisen schnitt sie am besten in Plön (41,2%) und Ostholstein (40,2%) ab. In allen anderen Kreisen blieb sie unter 40%. Im Gegensatz zur CDU ist der Rückgang der SPD in den kreisfreien Städten und Kreisen gegenüber 1971 fast gleich. Im Landesdurchschnitt verringerte sich ihr Anteil um 0,9 Punkte, in den kreisfreien Städten um 0,9 Punkte und in den Kreisen um 0,7 Punkte. In drei Kreisen haben sich die Anteile jedoch gegenüber 1971 verbessert. In Dithmarschen stieg der SPD-Anteil von 35,5% auf 36,5%, in Schleswig-Flensburg von 32,4% auf 34,1% und in Steinburg von 39,2% auf 39,3%. Im Kreis Nordfriesland konnte sie ihren Stimmenanteil (33,9%) halten. Die Stimmenzahl ist in allen Kreisen und in Neumünster höher als 1971.

Gegenüber der Kreiswahl 1974, als die SPD einen Tiefpunkt hatte, hat sie sich insgesamt um 4,5 Punkte, in den kreisfreien Städten um 5,9 Punkte und in den Kreisen um

4,0 Punkte verbessert. Die CDU war 1974 in allen kreisfreien Städten und Kreisen die stärkste Partei und hatte die SPD besonders in den Kreisen deutlich hinter sich gelassen. In den kreisfreien Städten hatte der Rückstand der SPD gegenüber der CDU 6,9 Punkte ausgemacht, jetzt liegt dort die SPD mit 2,3 Punkten vorn. In den Kreisen hat sich der Rückstand von 21,4 Punkten auf 14,8 Punkte verringert.

Die FDP kam anders als 1971 in sämtlichen kreisfreien Städten und Kreisen auf über 5% der gültigen Stimmen. Ihre Anteile waren in den Kreisen höher (7,3%) als in den kreisfreien Städten (6,6%). Am besten schnitt die FDP in den Kreisen Segeberg (8,8%) sowie Nordfriesland und Pinneberg mit jeweils 8,4% ab und am schlechtesten in Flensburg (5,5%), Steinburg (5,8%) und Plön (5,9%). Gegenüber 1971 konnte die FDP ihre Stimmenzahl in der Mehrzahl der Kreise verdoppeln. Ihre Anteile stiegen insgesamt um 3,3 Prozentpunkte, in den kreisfreien Städten um 2,9 Punkte und in den Kreisen um 3,4 Punkte. Das günstige Ergebnis der Kreiswahl 1974 konnte die FDP jedoch nicht halten. Sie hatte letztes Jahr 9% der Stimmen erhalten und damit 1,9 Punkte mehr als dieses Jahr. In den kreisfreien Städten machte der Rückgang 2,1 Punkte und in den Kreisen 1,8 Punkte aus. Nur im Kreis Stormarn konnte sie sich verbessern, was aber mit der Nichtzulassung mehrerer Wahlvorschläge zur Kreiswahl 1974 zusammenhängen dürfte.

Der SSW schnitt wie bisher in Flensburg (16,1%) und in Schleswig-Flensburg (6,6%) am besten ab. In seinem drittbesten Kreis Nordfriesland erhielt der SSW genau dieselbe Anzahl von Stimmen wie 1971 (3 961), verschlechterte sich aber anteilmäßig um 0,5 Punkte. Den für ihn "lebensnotwendigen" Stimmengewinn holte er im Kreis Schleswig-Flensburg (+ 958 Stimmen). Er verbesserte sich dort um 0,6 Punkte. Die übrigen Parteien blieben in allen kreisfreien Städten und Kreisen unter einem Stimmenanteil von 1%.

Ergebnisse für Gemeindegrößenklassen

Wahlbeteiligung fällt mit wachsender Gemeindegröße

Die Wahlberechtigten der kleineren Gemeinden beteiligen sich häufiger an der Wahl als die der großen. Auch wenn man die Briefwähler, die in den größeren Gemeinden in der Regel stärker vertreten sind, den Gemeinden zuordnen könnte, hätten die kleinen Gemeinden immer noch einen Vorsprung. Damit ergibt sich das aus früheren Wahlen bekannte Bild:

Die Wahlbeteiligung fällt mit wachsender Gemeindegröße. Ohne Berücksichtigung der Briefwähler gingen in Schleswig-Holstein 76,6% der Wahlberechtigten zur Wahl. In den Gemeinden bis 1 000 Einwohner sind es 80% und mehr gewesen. Die Gemeinden unter 250 Einwohner (82,6%) liegen sogar über dem Landesdurchschnitt einschließlich Briefwahl. Demgegenüber beteiligten sich von den Wahlberechtigten der Gemeinden zwischen 20 000 und 50 000 Einwohner nur 75,1% und von denen über 50 000 Einwohner - das sind die vier kreisfreien Städte und Norderstedt - sogar nur 74,3%.

CDU erhielt in den kleinen Gemeinden über sechs Zehntel der Stimmen

Die Stimmenanteile der CDU sinken wie bisher mit wachsender Gemeindegröße und die der SPD steigen, jedoch wegen der unterschiedlichen Ausgangslage mit dem Unterschied, daß die Anteile der CDU, relativ betrachtet, nicht in dem Ausmaße sinken wie die der SPD steigen. In den Gemeinden bis 20 000 Einwohner erhielt die CDU die absolute Mehrheit und in denen unter 500 Einwohner sind es sogar über sechs Zehntel. Vergleicht man mit dem Landesergebnis ohne Briefwahl (50,0%), so liegen nur die Gemeinden zwischen 20 000 und 50 000 Einwohnern (47,4%) und die noch größeren (43,6%) unter dem Landesdurchschnitt. Gegenüber der Landtagswahl 1971 verringerten sich die Stimmenanteile der CDU in allen Größenklassen. Die Verluste waren in den kleineren Gemeinden höher als

in den großen. Sie schwanken zwischen 2,9 Punkten in der Größenklasse 250 bis 500 Einwohner und 0,9 Punkten in der Größenklasse 50 000 und mehr.

Die SPD konnte, wie 1971, in keiner Größenklasse die absolute Mehrheit erzielen. Ihr Anteil lag nur bei den Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern über dem der CDU. Hier erhielt sie 46,6% der gültigen Stimmen und die CDU 43,6%. In allen anderen Größenklassen weist die CDU in der Mehrzahl einen ziemlich großen Vorsprung gegenüber der SPD auf. Er beläuft sich in der kleinsten Größenklasse auf 39,8 Punkte. Er hat sich jedoch gegenüber 1971, als er noch 43,8 Punkte ausmachte, vermindert. In dieser Größenklasse und in allen anderen bis 2 000 Einwohner konnte sich nämlich die SPD verbessern, und zwar im Durchschnitt um 1,2 Punkte, während ihr Anteil im Landesdurchschnitt ohne Briefwahl um 0,8 Punkte zurückging. Überdurchschnittlich waren die Verluste der SPD in den Größenklassen 10 000 bis 20 000 Einwohner (- 1,6 Punkte), 20 000 bis 50 000 Einwohner (- 1,8 Punkte) und 50 000 und mehr Einwohner (- 1,1 Punkte). Die SPD hat also in den Größenklassen, in denen sie 1971 relativ gut abgeschnitten hatte, Verluste hinnehmen müssen und in den Größenklassen, in denen sie 1971 relativ schlecht abgeschnitten hat, Gewinne verbuchen können.

Die Anteile der FDP sind ziemlich gleichmäßig verteilt. Sie schwanken zwischen 5,3% (250 bis 500 Einwohner) und 8,3% (20 000 bis 50 000 Einwohner). Ihre besten Ergebnisse errang sie in den Mittelstädten. Sie konnte in sämtlichen Größenklassen ihre Stimmenanteile verbessern und verdoppelte teilweise ihre Stimmenzahl gegenüber 1971.

Stimmenverteilung der Landtagswahlen 1971 und 1975
nach Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklasse	Stimmenanteile der					
	CDU		SPD		FDP	
	in %					
	1971	1975	1971	1975	1971	1975
Gemeinden mit ... Einwohnern						
unter 250	68,5	65,9	24,7	26,1	2,8	5,6
250 bis 500	65,0	62,1	29,1	30,7	2,6	5,3
500 " 750	61,7	58,9	31,8	33,1	2,8	5,7
750 " 1 000	60,4	57,7	33,0	33,8	3,3	6,4
1 000 " 2 000	57,5	54,7	35,7	36,4	3,4	6,3
2 000 " 3 000	54,8	52,4	38,1	37,8	3,6	7,5
3 000 " 5 000	53,1	51,3	39,9	39,8	4,1	7,0
5 000 " 10 000	53,2	51,2	39,3	38,8	4,2	7,4
10 000 " 20 000	51,9	50,3	42,2	40,6	3,8	7,8
20 000 " 50 000	48,5	47,4	43,8	42,0	4,5	8,3
50 000 und mehr	44,5	43,6	47,7	46,6	3,8	6,8
zusammen	51,6	50,0	41,3	40,5	3,8	7,1
dazu Briefwahl	56,6	55,0	35,8	34,3	4,3	7,7
Schleswig-Holstein	51,9	50,4	41,0	40,1	3,8	7,1

Besondere Gemeindeergebnisse

In 45 Gemeinden gingen fast alle Bürger zur Wahl

Eine 100prozentige Wahlbeteiligung tritt sehr selten auf und dann auch nur in kleineren Gemeinden. Bei der Landtagswahl 1975 ist dieser Fall eingetreten: Alle 44 Wahlberechtigten der Gemeinde Krummendiek im Kreis Steinburg haben ihre Stimme abgegeben. In weiteren 44 Gemeinden lag die Wahlbeteiligung über 90%. Fast 100prozentig war die Wahlbeteiligung in den Gemeinden Hollbüllhuus im Kreis Nordfriesland (54 von 55 Wahlberechtigten) und Christinenthal im Kreis Steinburg (52 von 53 Wahlberechtigten). Auch bei den meisten anderen dieser 45 Gemeinden liegt die Zahl der Wahlberechtigten unter 100. Etwas größer ist nur Bilsen, Kreis Pinneberg,

mit 391 Wahlberechtigten und Wendtorf, Kreis Plön, mit 347 Wahlberechtigten. In Bilsen gingen 359 oder 91,8% zur Wahl und in Wendtorf 317 oder 91,4%. Es gibt aber auch Gemeinden, in denen fast die Hälfte der Bürger nicht wählte. Auf der Hallig Gröde gingen nur 9 von 16 der Wahlberechtigten zur Wahl und in Witsum auf der Insel Föhr nur 22 von 39.

CDU erhielt in zwei Gemeinden alle Stimmen

Ebenso selten wie eine 100prozentige Wahlbeteiligung kommt es vor, daß eine Partei alle Stimmen in einer Gemeinde erringt. Bisher schaffte es nur die CDU bei Landtagswahlen, einen solchen 100prozentigen Erfolg zu erzielen. Zur diesjährigen Landtagswahl erhielt die CDU in Bergewörden, Kreis Dithmarschen, und in Aebtissinwisch, Kreis Steinburg, alle abgegebenen Stimmen (23 und 44). Außerdem bekam die CDU in sieben weiteren Gemeinden, die alle weniger als 100 Wahlberechtigte aufweisen, über neun Zehntel der gültigen Stimmen. In weiteren 117 Gemeinden belief sich der CDU-Anteil auf über drei Viertel und in weiteren 829 Gemeinden auf über die Hälfte. In weiteren 123 Gemeinden erhielt die CDU zwar weniger als die Hälfte der Stimmen, ist aber die stärkste Partei, so daß die CDU in 1 078 Gemeinden oder fast neun Zehntel aller an der Spitze liegt. In neun Gemeinden mit mehr als 10 000 Wahlberechtigten errang sie die absolute Mehrheit, und zwar in: Bad Segeberg mit 55,9% (1971: 57,8%), Quickborn mit 54,1% (55,0%), Heide mit 53,4% (57,3%), Eutin mit 53,2% (53,9%), Mölln mit 52,2% (54,2%), Bad Oldesloe mit 51,1% (53,2%), Ahrensburg mit 50,7% (49,5%), Bad Schwartau mit 50,6% (51,8%) und Reinbek mit 50,5% (51,0%). Die CDU erhielt in allen Gemeinden Stimmen. Am schlechtesten schnitt sie in Wobbenbüll, Kreis Nordfriesland, mit 30,6% ab (39,1%).

Die SPD kam in keiner Gemeinde auch nur annähernd auf drei Viertel der gültigen Stimmen. Den größten Anteil erzielte sie wiederum in Krempel, Kreis Dithmarschen, mit 67,0% (1971: 71,4%). In weiteren 44 Gemeinden erhielt die SPD über die Hälfte der Stimmen. Die größte darunter ist Büdelsdorf mit einem SPD-Anteil von 51,6% (1971: 52,8%). Neben Aebtissinwisch und Bergewörden, wo die CDU alle Stimmen erhielt, ging die SPD noch in Süderhöft, Kreis Nordfriesland, und Wiedenborstel, Kreis Steinburg, leer aus.

Von den übrigen Parteien kam die FDP viermal auf über ein Viertel der Stimmen,

und zwar in Kotzenbüll, Kreis Nordfriesland, mit 30,9% (1971: 27,9%), Vollerwiek, Kreis Nordfriesland, mit 30,0% (25,6%), Poppenbüll, Kreis Nordfriesland, mit 26,8% (20,4%) und Grödersby, Kreis Schleswig-Flensburg mit 26,4% (13,3%).

Der SSW erzielte seine höchsten Anteile in Vollerwiek, Kreis Nordfriesland, mit 25,4% (1971: 22,5%) sowie in Harrislee, Kreis Schleswig-Flensburg, mit 22,9% (21,6%), die NPD in Christinenthal, Kreis Steinburg, mit 11,5% (20,8%) und die DMP in Hollingstedt, Kreis Dithmarschen, mit 8,9%. Die DKP und die KPD blieben in allen Gemeinden deutlich unter 5%. Ergebnisse für jede Gemeinde werden in dem Stat. Bericht B VII 2 - 5/75 "Endgültiges Ergebnis" veröffentlicht.

Ergebnisse für Bundestagswahlkreise

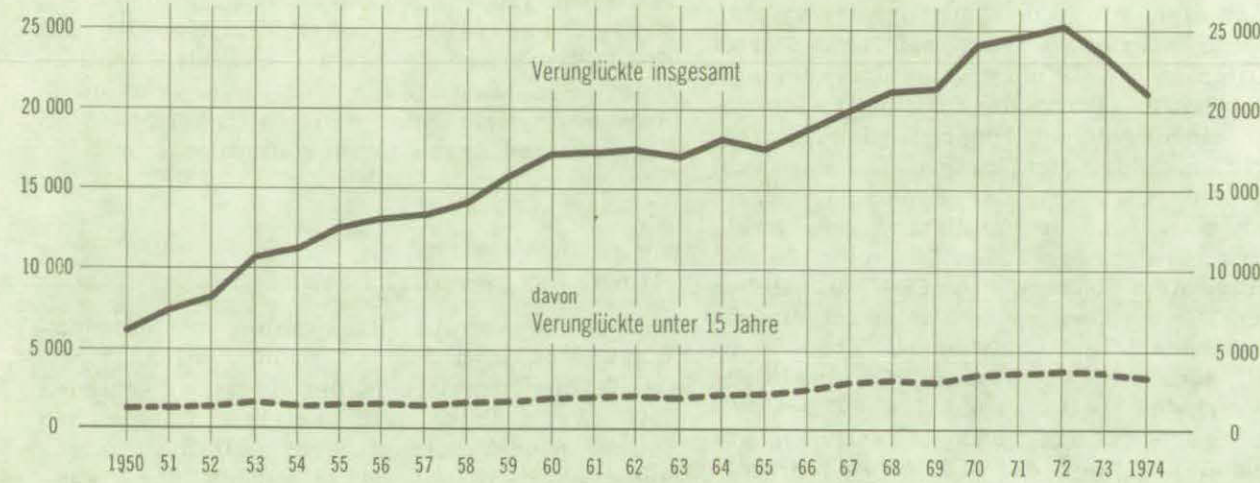
Vergleiche von Landtagswahlen mit Bundestagswahlen sind immer problematisch, weil das Wählerverhalten in der Regel verschieden ist. Weil aber nach solchen Vergleichen immer wieder gefragt wird, soll hier untersucht werden, wie das Ergebnis der Landtagswahl 1975 umgerechnet auf Bundestagswahlkreise im Vergleich zur Bundestagswahl 1972 aussieht. Für den Vergleich werden die Zweitstimmenergebnisse der Bundestagswahl herangezogen, und die Wahlkreiseinteilung von 1972 ist maßgebend. Da die Briefwähler der Landtagswahl 1975 sich den Bundestagswahlkreisen nicht exakt zuordnen lassen, werden sie bei beiden Wahlen ausgeklammert und nur als Landessumme ausgegeben. Der Vergleich wird weiterhin dadurch eingeschränkt, daß der SSW bei Bundestagswahlen nicht mehr kandidiert.

SPD nur in zwei Bundestagswahlkreisen an der Spitze

Die SPD hatte bei der Bundestagswahl 1972 mit 48,6% der Zweitstimmen ihr bisher bestes Ergebnis aller Wahlen in Schleswig-Holstein erzielt. Sie war insgesamt und in neun der elf Bundestagswahlkreise die stärkste Partei und erhielt in den Bundestagswahlkreisen 1 Flensburg (52,3%), 6 Kiel (55,9%) und 11 Lübeck (54,5%) über die Hälfte der Stimmen. Bei der Landtagswahl 1975 erhielt die SPD 40,1% der Stimmen, also 8,5 Prozentpunkte weniger als 1972. Sie konnte ihre Spitzenposition nur in Kiel (49,8%) und Lübeck (46,8%) halten und mußte sie in sieben Bundestagswahlkreisen an die CDU abgeben. Neben diesen beiden Wahlkreisen kam sie nur in 5 Rendsburg-Eckernförde (40,9%) und

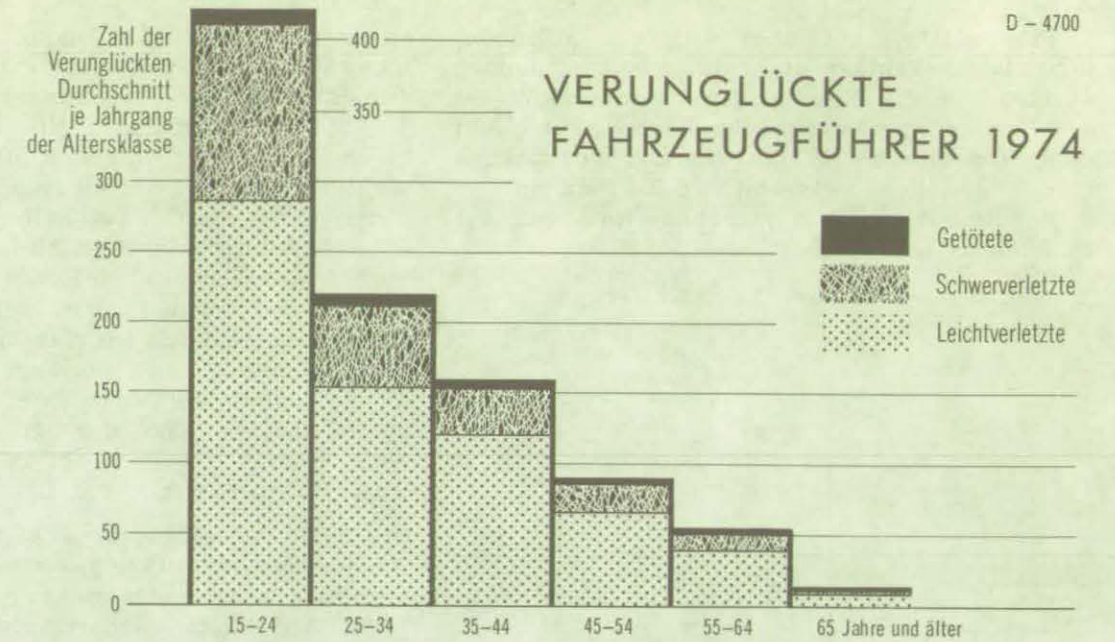
Bei Straßenverkehrsunfällen in Schleswig-Holstein verunglückte Verkehrsteilnehmer

ZAHL DER VERUNGLÜCKTEN 1950-1974

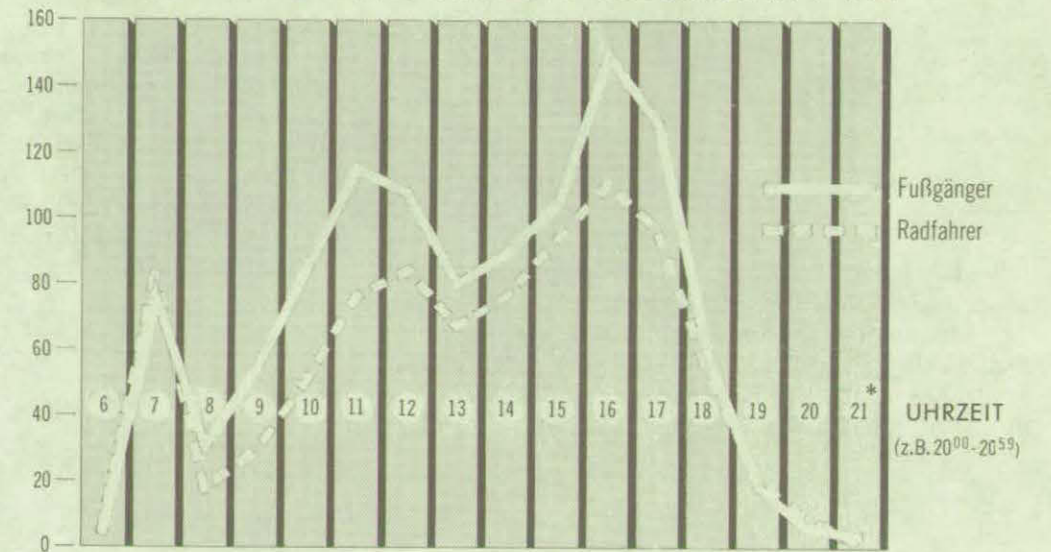


Im Jahre 1974 ereigneten sich in Schleswig-Holstein 15 513 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden. Dabei verunglückten 21 031 Personen. 656 Personen wurden getötet, 6 091 schwer und 14 284 leicht verletzt. 1974 war die Zahl der Verunglückten etwa zweieinhalb mal höher als 1950.

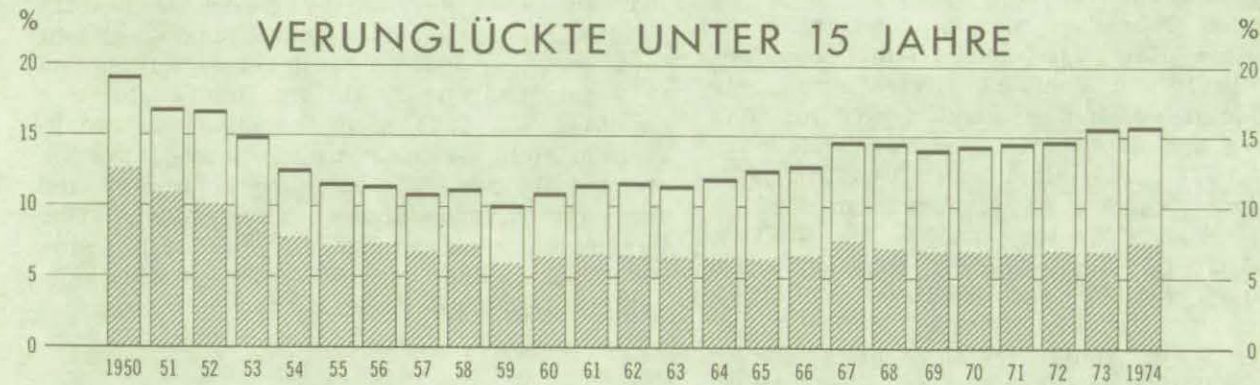
Unter den Opfern des Straßenverkehrs sind zahlreiche Kinder und Jugendliche. Im vergangenen Jahr waren 4 144 Verunglückte noch nicht 15 Jahre alt. Das sind 16 % aller Verunglückten, d. h. etwa jeder 6. Verunglückte hatte das 15. Lebensjahr noch nicht vollendet.



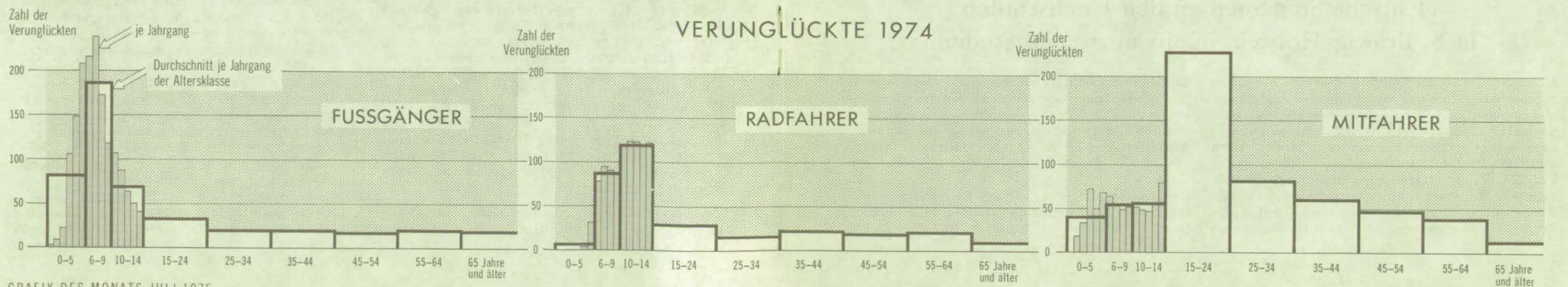
TAGESZEIT UND VERUNGLÜCKTE DURCHSCHNITTLICHE JÄHRLICHE ZAHL DER VERUNGLÜCKTEN IM ALTER VON 6 BIS UNTER 15 JAHREN IN DEN JAHREN 1970-1974



*) 21⁰⁰-23⁵⁹



Aus der nebenstehenden Grafik geht hervor, wie sich der Anteil der Verunglückten bis 15 Jahre an der Gesamtzahl der Verunglückten entwickelt hat. Der schraffierte Teil der Säulen gibt den Anteil der im Alter unter 15 Jahren verunglückten Fußgänger an der Zahl der verunglückten Kinder und Jugendlichen insgesamt an.



GRAFIK DES MONATS JULI 1975

7 Plön (41,9%) auf über 40% der Stimmen. Ihre starken Verluste im Wahlkreis 1 Flensburg dürften auf die Nichtkandidatur des SSW bei der Bundestagswahl zurückzuführen sein. Sieht man von diesem Wahlkreis ab, so streuen ihre Verluste zwischen 10,2 Punkten in 3 Nordfriesland-Dithmarschen-Nord und 6,1 Punkten in Kiel.

Stimmenverteilung der Bundestagswahl 1972 und der Landtagswahl 1975 nach Bundestagswahlkreisen

Bundestagswahlkreis	Stimmenanteil (1) der					
	CDU		SPD		FDP	
	in %					
	1972	1975	1972	1975	1972	1975
1 Flensburg	38,2	43,6	52,3	37,3	8,8	5,6
2 Schleswig-Eckernförde	43,4	51,1	48,4	38,5	7,5	6,4
3 Nordfriesland-Dithmarschen-Nord	46,4	53,7	44,7	34,5	8,0	7,7
4 Steinburg-Dithmarschen-Süd	46,7	53,9	45,9	38,9	6,4	5,9
5 Rendsburg-Neumünster	43,1	51,0	48,8	40,9	7,5	7,0
6 Kiel	34,3	42,1	55,9	49,8	9,1	7,0
7 Plön	43,2	51,4	49,5	41,9	6,5	5,8
8 Segeberg-Eutin	44,5	53,0	45,6	37,8	9,1	8,1
9 Pinneberg	41,7	50,4	47,4	39,9	10,2	8,4
10 Stormarn-Hzgt. Lauenburg	43,1	52,4	47,1	38,8	9,0	7,8
11 Lübeck	36,8	45,4	54,5	46,8	7,8	6,5
zusammen	41,9	50,0	49,0	40,5	8,3	7,1
Briefwahl	43,4	55,0	43,5	34,3	12,2	7,7
Schleswig-Holstein	42,0	50,4	48,6	40,1	8,6	7,1

1) 1972: Zweitstimmen

Die CDU kam bei der Bundestagswahl 1972 mit 42,0% der Zweitstimmen auf eines der für sie ungünstigsten Ergebnisse bei Bundestagswahlen in Schleswig-Holstein und war erstmals nur zweitstärkste Partei. Sie lag nur in zwei Wahlkreisen vorn und dies

außerdem noch sehr knapp. Bei der Landtagswahl 1975 dagegen erhielt sie 50,4% der Stimmen und verbesserte sich deutlich um 8,4 Prozentpunkte. Sie baute nicht nur ihren Vorsprung in den 1972 behaupteten Wahlkreisen (3 Nordfriesland-Dithmarschen-Nord und 4 Steinburg-Dithmarschen-Süd) in eine absolute Mehrheit aus, sondern kam noch in sechs weiteren Bundestagswahlkreisen auf dieses Ergebnis. Stärkste Partei wurde sie außerdem noch im Wahlkreis 1 Flensburg. Die höchsten Anteile erreichte die CDU in den schon erwähnten Wahlkreisen 4 (53,9%) und 3 (53,7%) und der größte Sprung nach vorn gelang ihr im Wahlkreis 10 Stormarn-Hzgt. Lauenburg mit 9,3 Prozentpunkten.

Die FDP verschlechterte sich gegenüber der Bundestagswahl 1972, als sie 8,6% der Zweitstimmen erhalten hatte, um 1,5 Punkte auf 7,1%. Am besten schnitt die FDP wie 1972 im Wahlkreis 9 Pinneberg mit 8,4% ab; 1972 hatte sie hier 10,2% erreicht.

Die CDU würde nach dem auf Bundestagswahlkreise umgerechneten Landtagswahlergebnis 1975 neun statt zwei Wahlkreisabgeordnete stellen und die SPD entsprechend zwei statt neun. Unterstellt man, das Schleswig-Holstein wiederum 22 Abgeordnete in den Bundestag entsenden würde und läßt man die Berechnung der Sitze nach den Bundesanteilen außer acht, so kämen die CDU auf insgesamt 12 Sitze, die SPD auf 9 Sitze und die FDP auf einen. Die CDU würde drei Sitze hinzugewinnen (1972: 9 Sitze), die SPD zwei verlieren (1972: 11 Sitze) und die FDP einen (1972: 2 Sitze).

Walter Dohms

Vergleiche auch: "Landtagswahl 1971 in den Kreisen und Gemeinden sowie nach Bundestagswahlkreisen" in dieser Zeitschrift 1971, S. 121 (Juli)

Deutsche Studenten an den Hochschulen in Schleswig-Holstein in einem zweiten Studium

Nicht für jeden Studenten bedeutet der erfolgreiche Abschluß des Studiums der endgültige und ausschließliche Eintritt ins Berufsleben. Vielmehr gibt es Hochschulabsolventen, die unmittelbar nach ihrem ersten Examen, nach einiger Zeit der Erwerbstätigkeit oder parallel zur Berufsausübung ein zweites Studium aufnehmen. Hier wird schon angedeutet, daß die Form des zusätzlichen Studiums, nämlich die zeitliche Abwicklung, unterschiedlich sein

kann. Unterschiede zeigen sich aber auch in der Zielsetzung und damit in den Lehrinhalten einer erneuten Immatrikulation. Diesen Differenzierungen entsprechend können folgende vier Ausprägungen eines zweiten Studiums unterschieden werden:

Kontaktstudium. Diese Bezeichnung deutet schon die Form des erneuten Studiums an. Gemeint ist hier das Studium, das zum Zweck

der Weiterbildung neben der Berufsausübung aufgenommen wird, ohne daß ein weiterer Studienabschluß beabsichtigt ist. Diese Art der Fortbildung wird in der Regel berufsbezogen sein. Die Immatrikulationsordnungen sehen für diese Form der Weiterbildung häufig den Status des Gasthörers vor.

Aufbaustudium. Bei dieser Ausprägung eines zweiten Studiums steht die Vertiefung oder/und Ergänzung der Kenntnisse, die sich der Student durch das erste Studium erworben hat, im Vordergrund. Da der Student im Aufbaustudium im Gegensatz zum Kontaktstudium einen zweiten Hochschulabschluß anstrebt, wird er als voll immatrikulierter Student mit allen Rechten und Pflichten, die ihm die Immatrikulations- und Prüfungsordnungen vorgeben, in der Regel keinen Beruf nebenher ausüben.

Zweitstudium. Auch der Student eines Zweitstudiums strebt einen weiteren Studienabschluß an, allerdings nicht wie der Immatrikulierte eines Aufbaustudiums in dem gleichen Studienfach seines ersten Studiums. Bekanntes Beispiel hierfür ist das Hintereinanderstudieren der Rechtswissenschaft und der Volkswirtschaft. Diese Form des zusätzlichen Studiums schließt ebenfalls eine Berufsausübung nebenher aus.

Promotionsstudium. Das ist wohl die bekannteste Art des Weiterstudierens. In diesem Studium steht vor allem die Forschung in einem Spezialgebiet im Vordergrund mit dem Ziel, die Doktorwürde zu erlangen. Als Abgrenzung zu den wissenschaftlichen Angestellten und Assistenten sind hier die Studenten gemeint, die als ordentliche Studenten an einer Hochschule immatrikuliert sind.

Eine eindeutige Zuordnung eines zweiten Studiums in die vier genannten Kategorien ist nicht immer möglich. Daher müssen auch die Angaben der Studenten über die Art der Ausprägung des weiteren Studiums entsprechend kritisch gewertet werden, zumal dem Studenten bei der Beantwortung dieser Frage keine Definitionshilfe gegeben wurde. Auf eine Unterscheidung des zweiten Studiums in Kontakt-, Aufbau-, Zweit- und Promotionsstudium wird daher verzichtet. Eindeutig sagt die Statistik nur aus, daß die hier angesprochenen Studenten alle bereits ein erfolgreiches Hochschulstudium hinter sich gebracht haben und als ordentliche Studenten weiterstudieren. Gasthörer oder Gaststudierende werden in der Studentenzustatistik nicht erfaßt.

Im Wintersemester 1974/75 studierten rund 18 200 deutsche Studenten an den Hochschulen

in Schleswig-Holstein. Darunter befanden sich gut 1 300 Immatrikulierte (7%), die bereits eine bestandene Abschlußprüfung im Hochschulbereich nachweisen konnten.

Anteil der Studenten mit bereits bestandener Abschlußprüfung an den Studenten insgesamt im Wintersemester 1974/75 an den Hochschulen in Schleswig-Holstein

Hochschulen	Deutsche Studenten insgesamt	darunter haben ein zweites Studium aufgenommen	
		Anzahl	%
Universität Kiel und Medizinische Hochschule Lübeck	10 151	820	8,1
Pädagogische Hochschulen in Kiel und Flensburg	3 924	407	10,4
Musikhochschule Lübeck	169	42	24,9
Fachhochschulen Kiel, Lübeck, Flensburg und Wedel	3 912	53	1,4
Insgesamt	18 156	1 322	7,3

Bei der Vielfältigkeit von Abschlußmöglichkeiten eines Musikstudiums¹ überrascht der hohe Anteil deutscher Studenten mit bereits bestandener Abschlußprüfung nicht. Der Student kann hier, ohne die Hochschule zu wechseln und erneut Zulassungsbedingungen zu erfüllen, seine musikalisch künstlerischen Fertigkeiten durch ein weiteres Studium steigern und erweitern.

Der andererseits niedrige Anteil deutscher Studenten in einem zweiten Studium an den Fachhochschulen erklärt sich u. a. daraus, daß für einen Graduierten in erster Linie nur ein Zweit- oder Kontaktstudium möglich ist. Da für das Zweitstudium in der Regel die volle Studienzeit laut Prüfungsanordnung aufgewendet werden muß, kann es für den Absolventen einer Fachhochschule dann attraktiver sein, ein zweites Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule aufzunehmen. Außerdem fehlen den Fachhochschulen vorgelagerte Bildungseinrichtungen im Hochschulbereich, d. h. Fachhochschulstudenten können im Regelfall nur aus dem Schulbereich kommen.

An den pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg zusammen konnten im Wintersemester 1974/75 über 10 % der deutschen Studenten bereits ein Hochschulexamen nachweisen. Von den deutschen Studenten an der Universität Kiel und der Medizinischen Hochschule Lübeck hatten sich insgesamt gut 8 % für ein zweites Studium eingeschrieben. Über die Art des zusätzlichen Studiums läßt sich eindeutig nur sagen, daß von den insgesamt 820 Studenten der Universität Kiel und der Medizinischen Hochschule Lübeck über 35 % ein Promotionsstudium aufgenommen haben.

¹) An der Musikhochschule Lübeck sind folgende Prüfungen möglich: Bühnentreifprüfung, Konzertreifprüfung, Privatmusiklehrerprüfung, Kirchenmusikprüfung A, Kirchenmusikprüfung B, Kirchenmusikprüfung C

Um die Frage zu beantworten, ob der Anteil derjenigen Studenten zugenommen hat, die bereits eine Hochschulprüfung absolviert haben, wird auf die Studentenstatistik des Wintersemesters 1972/73 zurückgegriffen. Ältere vergleichbare Zahlen liegen nicht vor, so daß nur eine Beobachtung über zwei Jahre möglich ist. Da für die Fachhochschulen zum Wintersemester 1972/73 die Ergebnisse der Individualstatistik nur teilweise vorliegen, wird der Vergleich allein zwischen der Universität Kiel und der Medizinischen Hochschule Lübeck sowie den beiden pädagogischen Hochschulen durchgeführt. An diesen Hochschulen wiesen im Wintersemester 1972/73 von rund 12 500 deutschen Studenten knapp 850 (7 %) bereits einen erfolgreichen Abschluß eines Hochschulstudiums nach. Zwei Jahre später, im Wintersemester 1974/75 betrug dieser Anteil knapp 9 %. An der Universität Kiel und der Medizinischen Hochschule Lübeck ist der Anteil deutscher Studenten in einem zweiten Studium von gut 7 % um einen Prozentpunkt gestiegen. Einen stärkeren Anstieg verzeichnen dagegen die pädagogischen Hochschulen. Im Wintersemester 1972/73 hatten knapp 6 % der deutschen Studenten bereits ein Hochschulexamen abgelegt, im Wintersemester 1974/75 belief sich diese Quote auf über 10 %.

Nach den Angaben der Studentenstatistik des Wintersemesters 1974/75 zeigt sich, daß die

Graduierung an einer Fachhochschule und die Lehramtsprüfung für Grund- und Hauptschulen am häufigsten von den Studenten in einem zweiten Studium als ihre erste Abschlußprüfung genannt wurden. Von den 1 322 deutschen Studenten in einem weiteren Studium an den Hochschulen in Schleswig-Holstein hatten bereits 334 (25 %) Studenten das Examen an einer Fachhochschule abgelegt und 327 (25 %) die Lehrbefähigung an Grund- und Hauptschulen erworben.

Für die Studenten mit erfolgreichem Abschluß einer Fachhochschule ist das zusätzliche Studium fast ausschließlich mit einem Wechsel der Hochschule und des Studienganges verbunden. Das zeigt sich in der Wahl der Studienfächer. Bevorzugt streben sie jetzt ein Lehramt an, und zwar 19 % das Lehramt an Realschulen, 11 % das Lehramt an Grund- und Hauptschulen und 4 % das Lehramt an Sonderschulen. Die Studentenstatistik des Wintersemesters 1974/75 zeigt außerdem, daß für Studenten mit erfolgreichem Abschluß einer Fachhochschule Rechtswissenschaft (10 %), Wirtschaftswissenschaften (9 %) und Pädagogik (7 %) beliebte Studiengänge sind, die entweder an der Universität oder an den pädagogischen Hochschulen angeboten werden.

Von den 327 deutschen Studenten mit der erfolgreichen Abschlußprüfung für das Lehramt an

Deutsche Studenten an den Hochschulen in Schleswig-Holstein, die bereits eine Abschlußprüfung bestanden haben nach dem Studiengang/Studienfach ihres zweiten Studiums Wintersemester 1974/75

Studiengang/ Studienfach des zweiten Studiums	Deutsche Studenten im zweiten Studium, die bereits eine Abschlußprüfung bestanden haben, und zwar													
	insgesamt	Graduierung an Fachhochschulen		Lehramt an Grund- und Hauptschulen		Diplomprüfung		Staatsexamen (außer Lehramtsprüfung)		Lehramt an Realschulen		sonstige Abschlußprüfungen an Hochschulen		
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
Pädagogik	214	23	7	128	39	11	5	1	7	19	22	32	14	
Lehramt an Realschulen	135	62	19	60	18	2	1	-	-	-	-	11	5	
Medizin/Zahnmedizin	111	19	6	10	3	28	12	36	32	5	6	13	6	
Wirtschaftswissenschaften	101	29	9	3	1	34	15	23	20	1	7	11	5	
Lehramt an Sonderschulen	83	13	4	70	21	-	-	-	-	-	-	-	-	
Rechtswissenschaft	69	34	10	2	1	8	3	19	17	1	1	5	2	
Psychologie	63	8	2	21	7	8	3	9	8	4	5	13	6	
Biologie	61	3	1	4	1	36	15	1	1	6	7	11	5	
Lehramt an Gymnasien	58	8	2	7	2	-	-	-	-	28	32	15	7	
Agrarwissenschaft	54	27	8	1	0	24	10	2	2	-	-	-	-	
Lehramt an Grund- und Hauptschulen	44	37	11	-	-	4	2	1	1	-	-	2	1	
Physik	44	14	4	-	-	24	10	1	1	-	-	5	2	
Chemie	33	-	-	-	-	33	14	-	-	-	-	-	-	
Sonstige Studiengänge und -fächer	252	57	17	21	7	24	10	20	17	23	26	107	47	
Insgesamt	1 322	334	100	327	100	236	100	113	100	87	100	225	100	

Grund- und Hauptschulen schrieben sich 128 (39 %) in den Studiengang Pädagogik ein, streben 70 (21 %) das Lehramt an Sonderschulen und 60 (18 %) das Lehramt an Realschulen an. Psychologie nannten 7 % dieser Studenten als ihren zweiten Studiengang. Bei den Studenten mit einer Lehrerausbildung für Grund- und Hauptschulen konzentriert sich also die Nachfrage auf wenige Studienfächer.

Eine Diplomprüfung wiesen 236 Studenten in dem untersuchten Wintersemester nach. Das zusätzliche Studium haben diese Studenten vor allem in den Studiengängen Biologie (15 %), Wirtschaftswissenschaften (15 %), Chemie (14 %), Medizin/Zahnmedizin (12 %), Agrarwissenschaft (10 %) und Physik (10 %) aufgenommen.

Die 113 Studenten, die bereits ein Staatsexamen (außer Lehramtsprüfungen) erfolgreich abgelegt haben, studieren jetzt vor allem Medizin/Zahnmedizin (32 %), Wirtschaftswissenschaften (20 %), Rechtswissenschaften (17 %) und Pharmazie (15 %).

Die so aufbereitete Statistik kann für die Erklärung der Motive eines zweiten Studiums hilfreich sein. So zeigt sich, daß Studenten mit erfolgreicher Abschlußprüfung für ein Lehramt in einem zweiten Studium zum größten Teil einen weiteren erziehungswissenschaftlichen Studiengang studieren. Hierfür können einmal materielle Überlegungen eine Rolle spielen, nämlich dann, wenn die Lehrbefähigung für ein höheres Lehramt angestrebt wird, das in der Regel mit einer besseren Besoldung verbunden ist. Aber gerade bei Lehramtskandidaten müssen weitere mögliche Motive genannt werden. Sicher wirken auch die von verschiedenen Institutionen veröffentlichten Prognosen über den Lehrerberuf für die einzelnen Schularten auf das Studienverhalten der Studenten, die eine Lehrbefähigung anstreben oder die bereits eine Abschlußprüfung für ein Lehramt abgelegt haben. Entweder strebt man jetzt zusätzlich eine Lehrbefähigung an, für die der zukünftige Bedarf sich aus der Sicht des Studenten günstiger gestaltet oder aber man nimmt ein Studium in einem Nichtlehramtsfach auf. Eine weitere, häufig genutzte Alternative stellt sich in dem Studiengang der Pädagogik. Die große Nachfrage in diesem Studienfach durch Studenten mit einer Abschlußprüfung für ein Lehramt kann u. a. aus dem Interesse an den erziehungswissenschaftlichen Zusammenhängen erklärt werden. Weitere subjektive Motive für ein zu-

sätzliches Studium der Pädagogik, wie z. B. Streben nach sozialer Anerkennung, können für ein zusätzliches Studium maßgeblich gewesen sein.

Für die Studenten mit anderen Abschlußprüfungen gelten die gleichen möglichen Erklärungen für die Aufnahme eines zweiten Studiums. Neben der Unsicherheit über die Zukunft der angestrebten Berufsausübung und dem Wunsch nach größerer Mobilität durch einen zweiten Hochschulabschluß besteht für den examinierten Studenten häufig die Notwendigkeit, der raschen Entwicklung der Wissenschaften durch ein zusätzliches Studium Rechnung zu tragen. Die durch den Fortschritt der Wissenschaften bedingten arbeitsmarktorientierten Anforderungen und die damit verbundenen Studiengangerweiterungen können gleichfalls Anlaß zu einem zweiten Studium sein. Ein Beispiel hierfür ist das Studienfach Informatik, das nicht durch ein Studium der Mathematik abgedeckt wird. Neben der beruflichen Notwendigkeit können auch die Verbesserung der Berufschancen und der Wunsch, sich in einem Fachgebiet zu spezialisieren, Antrieb für ein zusätzliches Hochschulstudium sein. Für Studenten ohne Berufserfahrungen sind vielleicht mangelhafte Befriedigung im ersten Studium, Angst vor der Konfrontation mit der Berufspraxis und Wandel in der eigenen Persönlichkeit weitere subjektive Gründe, einen zweiten Hochschulabschluß anzustreben. Außer diesen Gründen darf angenommen werden, daß im Rahmen des Numerus clausus in manchen Fällen nicht zugelassene Studenten erst einmal auf einen nicht gewünschten Studiengang ausweichen. Wenn sie dann später eine Zulassung in dem angestrebten Studiengang erhalten, so kann es sein, daß sie ihr erstes Studium schon absolviert haben oder noch absolvieren wollen, da sie inzwischen daran Gefallen gefunden haben.

Zusammenfassend kann auf Grund der Ergebnisse der Studentenstatistik gesagt werden, daß Studenten in einem zweiten Studium zum größten Teil bereits die Graduierung an einer Fachhochschule, die Lehramtsprüfung für Grund- und Hauptschulen, eine Diplomprüfung oder ein Staatsexamen (außer Lehramtsprüfungen) abgelegt haben. Bevorzugte Studiengänge für ein zweites Studium sind dabei Pädagogik, das Lehramt an Realschulen, Medizin/Zahnmedizin und Wirtschaftswissenschaften.

Friedrich-Karl Wormeck

Auszubildende in schleswig-holsteinischen Industriebetrieben 1970 bis 1974

- Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten -

Konjunkturelle Abschwächung und Strukturprobleme haben in der Bundesrepublik in seit 1958 nicht mehr gekanntem Ausmaß zu Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit geführt. Ende Februar 1958 gab es in der Bundesrepublik Deutschland 1,3 Millionen Arbeitslose, Ende Februar 1975 waren es 1,2 Millionen; dazu kamen aber weitere 700 000 Kurzarbeiter. Dabei wird die Jugendarbeitslosigkeit in sozialer Hinsicht als besonders schwerwiegend empfunden. Die wesentliche Ursache der Jugendarbeitslosigkeit ist der Mangel an Ausbildungsplätzen; vor einigen Jahren hatte es dagegen noch mehr Ausbildungsplätze als Auszubildende gegeben.

Für einen Teilbereich der Wirtschaft, der allerdings nicht die Masse der gewerblichen und kaufmännischen Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt, nämlich die Industrie, kommt der Rückgang von Ausbildungsmöglichkeiten nicht überraschend. Bereits von 1970 auf 1972 (Stand 30.9.) verringerte sich die Zahl der Auszubildenden in den schleswig-holsteinischen Industriebetrieben von 8 432 auf 7 850 oder 6,9%, wobei die Zahl der kaufmännisch Auszubildenden um 7,7% und damit etwas stärker als die der gewerblich Auszubildenden (- 6,5%) zurückging. Von 1972 auf 1974 verstärkte sich der Rückgang auf 8,7%, wobei die Einschränkung im kaufmännischen Bereich mit - 17,5% besonders deutlich war. Bezieht man das im Konjunkturablauf zwar anders zu bewertende Jahr 1968 in die Betrachtung ein, damals gab es 10 236 Auszubildende, dann ergibt sich bis 1974 ein Rückgang in der Zahl der Auszubildenden um 30%. Damit änderte sich auch die Ausbildungsstruktur; während 1970 noch rund ein Drittel aller Auszubildenden in der Industrie für kaufmännische Tätigkeiten und demgemäß rund zwei Drittel für eine spätere gewerbliche Funktion vorbereitet wurden, stieg der Anteil der gewerblichen Nachwuchskräfte bis 1974 auf über 70%, der Anteil der "Kaufleute" fiel dementsprechend auf unter 30% zurück.

Die Einschränkung der Ausbildung (gemessen an der Zahl der Auszubildenden) machte in dem Zeitraum von 1970 bis 1974 rund 15%, bei den kaufmännisch Auszubildenden sogar 23,8% aus. Demgegenüber verminderte sich die Zahl der in entsprechenden Industriebetrieben überhaupt tätigen Personen (einschließlich Inhaber) im gleichen Zeitraum lediglich um 3,3%, so daß man von einer

erkennbar rückläufigen Ausbildungsquote sprechen kann. Zahlenmäßig kommt diese Tatsache darin zum Ausdruck, daß 1974 auf 1 000 Beschäftigte 38 Auszubildende kommen, während es 1970 noch 43 waren. In den vorhergehenden Jahren hatte die Ausbildungsquote beträchtlich höher gelegen. Sie hatte 1968 mit 57 Auszubildenden je 1 000 Beschäftigte den höchsten Wert.

Auszubildende¹⁾ in schleswig-holsteinischen Industriebetrieben
1970 bis 1974

(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

30.9.	insgesamt	kaufm.	%	gewerblich	%	Auszubildende je 1 000 Beschäftigte
1970	8 432	2 788	33,1	5 644	66,9	43
1972	7 850	2 573	32,8	5 277	67,2	42
1974	7 165	2 124	29,6	5 041	70,4	38

1) nach den Zusatzerhebungen zum Industriebericht

Mit dem Rückgang der Gesamtzahl der Auszubildenden haben sich auch die Anteile der männlichen und weiblichen Nachwuchskräfte verändert, und zwar hat sich der Anteil der weiblichen von knapp 30% auf 25% vermindert. Nunmehr sind von vier Auszubildenden drei männlichen und nur eine weiblichen Geschlechts. Von 1970 bis 1974 ging die Zahl der männlichen Auszubildenden um gut ein Zehntel, die der weiblichen um mehr als ein Viertel zurück. Die Einschränkung der industriellen Ausbildungsmöglichkeiten hat die jungen Mädchen mehr als doppelt so stark getroffen wie ihre männlichen Kollegen. Im übrigen ist festzustellen, daß im gleichen Zeitraum die Zahl der weiblichen Beschäftigten zwar auch rückläufig war, aber

Beschäftigte und Auszubildende¹⁾ nach dem Geschlecht

30.9.	Männliche Beschäftigte		Weibliche Beschäftigte	
	insgesamt	darunter Auszubildende	insgesamt	darunter Auszubildende
1970	136 241	5 980	57 987	2 452
1972	134 530	5 673	54 550	2 177
1974	134 387	5 356	53 515	1 809
Meßzahl 1970=100	98,6	89,6	92,3	73,8

1) nach den Zusatzerhebungen zum Industriebericht

mit - 7,7% längst nicht so kräftig, wie die der weiblichen Auszubildenden mit - 26,2%. Auch bei den männlichen Industriebeschäftigten war der Rückgang mit - 1,4% deutlich schwächer als bei den männlichen Auszubildenden (- 10,4%).

Auch bei weiterer Differenzierung der Auszubildenden nach Art der Ausbildung und Geschlecht zeigt sich, daß in allen Gruppen die Zahl der Auszubildenden seit 1970 und zum Teil beschleunigt seit 1972 zurückgegangen ist. Der Anteil der weiblichen gewerblichen Nachwuchskräfte hat sich in dem betrachteten Zeitraum ebenfalls durchgängig verringert, besonders deutlich von 1972 auf 1974, während sich der Anteil der weiblichen kaufmännischen Auszubildenden etwa gehalten hat. Weiterhin ergibt sich ein deutlicher Strukturunterschied: bei den "Kaufleuten" sind mehr als 60% der Auszubildenden weiblich gegenüber rund 10% bei den "Gewerblichen". Eine weitere Aufgliederung der Auszubildenden etwa nach Berufen, Altersgruppen, Vorbildung, Schulabschluß und ähnlichen Merkmalen ist aus den hier verfügbaren Unterlagen leider nicht möglich.

Auszubildende¹⁾ nach Art und Geschlecht

30. 9.	Kaufmännische Auszubildende				Gewerbliche Auszubildende			
	insgesamt	männlich	weiblich	%	insgesamt	männlich	weiblich	%
1970	2 788	1 115	1 673	60,0	5 644	4 865	779	13,8
1972	2 573	1 064	1 509	58,6	5 277	4 609	668	12,7
1974	2 124	837	1 287	60,6	5 041	4 519	522	10,4

1) nach den Zusatzerhebungen zum Industriebericht

Etwa 80% der Auszubildenden in den schleswig-holsteinischen Industriebetrieben haben ihre Lehrstelle in acht von weit mehr als 100 überhaupt möglichen Industriezweigen. Mehr als die Hälfte allein im Maschinenbau, Schiffbau und in der elektrotechnischen Industrie. Demzufolge erreichen die Ausbildungsquoten hier auch überdurchschnittliche Werte. Mit 84 Auszubildenden je 1 000 Beschäftigten nimmt allerdings die Bekleidungsindustrie die Spitzenstellung ein. Hier ist auch der Anteil der gewerblich Auszubildenden mit über 90% gegenüber rund 70% im Mittel recht hoch. Hervorzuheben ist ferner, daß in einigen Industriezweigen - entgegen der allgemeinen rückläufigen

Entwicklung - das Angebot an Ausbildungsmöglichkeiten zugenommen hat. Nimmt man den Schiffbau als Beispiel für eine positive Entwicklung, dann ist nicht zu übersehen, daß die wirtschaftliche Lage (einschließlich der Zukunftserwartungen) nicht ohne Belang für das Verhalten in Sachen Ausbildung ist.

Auszubildende¹⁾ in ausgewählten Industriezweigen

	1970	1972	1974	je 1 000 Beschäftigte
Maschinenbau (einschl. Büromaschinen)	2 084	1 953	1 750	58
Schiffbau	1 020	966	1 057	49
Elektrotechnik	987	975	951	48
Feinmechanik, Optik	499	475	494	69
Druckerei und Vervielfältigung	656	578	420	36
Bekleidungsindustrie	679	574	406	84
Stahl- und Leichtmetallbau	307	281	349	55
EBM-Waren	282	320	299	36
zusammen	6 514	6 122	5 726	52
übrige Industriezweige	1 918	1 728	1 439	18
Industrie insgesamt	8 432	7 850	7 165	38

1) nach den Zusatzerhebungen zum Industriebericht

Ausbildung ist heute für die Betriebe in der Regel so teuer, daß sie nicht nur um ihrer selbst willen betrieben wird; es muß schon eine halbwegs realistische Chance gegeben sein, die Ausgebildeten später mit Erfolg (möglichst im eigenen Betrieb) verwenden zu können. Insofern besteht eine gewisse Parallellität der Überlegungen hinsichtlich der "Investitionen in Ausbildung" und der "Investitionen im Sachkapital". Beide Sachverhalte haben längerfristigen Charakter, beide sind auch an gewissen Rentabilitätsvorstellungen orientiert. Ein fundamentaler Unterschied besteht jedoch darin, daß hinter den "Ausbildungsinvestitionen" Menschen stehen, deren Lebensschicksal, möglicherweise irreparabel, von fehlgeleiteter Ausbildung beeinflußt wird. Fehlinvestitionen im Sachkapital zeitigen zwar auch keine erfreulichen ökonomischen Ergebnisse, ihre Wirkungen verteilen sich aber im allgemeinen auf mehrere Betroffene und sind damit leichter zu tragen als das Ausbildungsrisiko, das primär einen einzelnen Menschen trifft. Zudem sind Fehler bei Sachinvestitionen prinzipiell reparabel.

Siegfried Schwarz

Investitionen für Umweltschutz in den schleswig-holsteinischen Industriebetrieben 1971 bis 1973

Mit diesem Beitrag soll versucht werden, einige Größenvorstellungen hinsichtlich der Kostenbelastung der Industrie infolge von - überwiegend gesetzlich vorgeschriebenen - Auflagen zur Beseitigung oder Verminderung von Umweltschäden zu vermitteln. Aus dem Zusammenhang der vielfältigen Umweltprobleme kann hier nur ein, wenn auch nicht unbedeutender, Ausschnitt diskutiert werden, und zwar die Aufwendungen für die Errichtung von Anlagen (Investitionen), mit deren Hilfe Gefährdungen der Umwelt durch Abwässer, Abfälle, Luftverschmutzung sowie Lärm und Erschütterungen eingeschränkt oder im Idealfall überhaupt vermieden werden sollen. Die umweltrelevanten Investitionsdaten unterliegen jedoch der Einschränkung, daß nur solche Aufwendungen als "Investitionen für Umweltschutz" zu melden waren, auf die Abschreibungen nach den §§ 79 und 82 der Einkommensteuer - Durchführungsverordnung (vom 9. 2. 1972) vorgenommen werden konnten. Dieser Weg mußte beschritten werden, weil die seinerzeit (1970/71) beträchtlichen Auffassungsunterschiede über den Begriffsinhalt kurzfristig nicht zu beheben waren, wegen der drängenden Umweltprobleme aber ein Anfang mit qualitativ weniger guten Ergebnissen immer noch besser war, als überhaupt nichts zu tun. Dieses Verfahren dürfte bewirken, daß die Investitionen für Umweltschutz in den amtlichen Investitionserhebungen tendenziell zu niedrig ausgewiesen werden. Nach diesem Erhebungskonzept können auch nicht die Kosten für Leistungen Dritter, insbesondere in der Abwasser- und Abfallbeseitigung, ermittelt werden. Außerdem fehlen die laufenden Kosten für innerbetriebliche Umweltschutzmaßnahmen¹. Auf die grundsätzliche Problematik der "Zurechenbarkeit" von betrieblichen Aufwendungen für umweltschützende Maßnahmen kann hier nicht weiter eingegangen werden. Zur Verdeutlichung sei nur vermerkt, daß es bei komplexen Neu-Investitionen (z. B. Kernkraftwerk, neues Zementwerk) erhebliche Schwierigkeiten bereiten dürfte, jenen Teil der Investitionen (und evtl. der laufenden Kosten) auszugliedern, der einzig und allein dem Umweltschutz zuzurechnen wäre. Neue

¹) Das am 15. 8. 1974 verabschiedete neue Gesetz über Umweltstatistiken bringt insofern Fortschritte, als die Investitionen für Umweltschutz nicht mehr an steuerrechtliche Merkmale anknüpfen, besser gegliedert erfragt werden und außerdem auch die Kosten für Fremdleistungen (Gebühren, Beiträge) für Umweltschutz ab Erhebungsjahr 1975 einbezogen werden

Produktionsstätten und Produktionsverfahren werden heute von Anfang an umweltfreundlicher konzipiert, als alte bereits vorhandene Anlagen es waren. Daher entstehen bereits im Planungsstadium umweltschutzbedingte Kosten, die zwar später im Produktpreis wieder hereingeholt werden müssen, aber als spezifische Kosten kaum exakt zu ermitteln, sondern nur annäherungsweise zu schätzen sind. Wieviel Stunden der Denkarbeit eines Konstrukteurs, der ein neues Zementwerk entwirft, entfallen auf Überlegungen, das Objekt umweltfreundlicher zu gestalten (unter Berücksichtigung der technischen und ökonomischen Gegebenheiten) und wie sind sie zu bewerten? Der praktischen Erfassbarkeit sind derzeit ebenfalls Grenzen gesetzt, da das industrielle Rechnungswesen sich erst allmählich auf die neuen Anforderungen einstellt.

62 Mill. DM Investitionen
für Umweltschutz 1971 - 1973

Um die Zufallsschwankungen eines Jahres etwas auszugleichen, wurden die Daten für die zur Zeit vorliegenden Jahre 1971 bis 1973 zusammengefaßt. In diesem Zeitraum beliefen sich die Investitionen (Bruttozugänge auf Anlagekonten) auf rund 2,5 Mrd. DM. Bei einem entsprechenden Umsatz von etwa 47 Mrd. DM ergibt sich eine durchschnittliche Investitionsquote von 5,3%. Für Zwecke des Umweltschutzes (unter den o. g. Einschränkungen) wurden in dem betrachteten Zeitraum von drei Jahren gut 62 Mill. DM oder 2,5% der Gesamtinvestitionen aufgewendet. Setzt man diese Aufwendungen zu den entsprechenden Umsatzerlösen in Beziehung, dann ergibt sich eine spezifische "Umweltschutz-Investitionsquote" von 0,13%, mit anderen Worten: von 1 000 DM Umsatzerlösen wurden 1,30 DM für umweltschützende Investitionen verbraucht. Das erscheint, verglichen mit anderen Kosten wie Löhnen und Gehältern mit etwa 20% Anteil, wenig. Man muß jedoch berücksichtigen, daß neben der erneut zu betonenden konzeptionell bedingten Unvollständigkeit der Beobachtungszeitraum am Anfang einer Periode zunehmenden Umweltbewußtseins liegt, daß also künftig mit steigenden Aufwendungen zu rechnen ist. Die inzwischen verabschiedeten Umweltgesetze (z. B. Abfallbeseitigungsgesetz vom 7. 6. 1972) oder in Vorbereitung befindlichen Gesetze

(z. B. Abwasserabgabengesetz) enthalten zum Teil beträchtliche kostenwirksame Auflagen. Als ein weiterer Hinweis in dieser Richtung ist zu vermerken, daß im Beobachtungszeitraum lediglich rund 100 von etwa 1 500 im Lande vorhandenen Industriebetrieben überhaupt Investitionen für Umweltschutz meldeten.

Hier ist auf das Ergebnis einer Untersuchung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung in München zu verweisen, wonach ... "die gesamten umweltinduzierten Aufwendungen von 1971 - 1973 im Durchschnitt 1% des Umsatzes der verarbeitenden Industrie nicht überschritten haben dürften ..."². Die auf den ersten Blick erhebliche Abweichung in der relativen Kostenbelastung gegenüber der für schleswig-holsteinische Industriebetriebe errechneten ist durchaus erklärlich: Einerseits bezieht sich die Ifo-Untersuchung auf das gesamte Bundesgebiet, schränkt den befragten Firmenkreis aber auf Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten ein und ist überdies als Stichprobenerhebung angelegt, während in Schleswig-Holstein alle Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten erfaßt werden. Daraus und aus Strukturunterschieden (in Schleswig-Holstein fehlt z. B. der Fahrzeugbau fast völlig) wären schon Niveauunterschiede erklärbar. Andererseits ist das Ifo-Konzept prinzipiell auf möglichst vollständige Erfassung aller umweltinduzierten Aufwendungen angelegt und nicht an steuerrechtliche Kriterien gebunden, es muß daher im Ergebnis zwangsläufig zu einer höheren relativen Kostenbelastung führen. Die laufenden Kosten für innerbetriebliche Umweltschutzmaßnahmen konnten auch nur geschätzt werden, "... da die betriebliche Kostenarten- und Kostenstellenrechnung noch nicht in allen Industriebranchen und -unternehmen den damit verbundenen Anforderungen gerecht werden kann"³. Die Ergebnisse haben daher den Charakter von Schätzwerten, wie die Verfasser der Untersuchung deutlich sagen; sie vermitteln aber erste quantitative Vorstellungen über mögliche Größenordnungen, in denen sich der Kostenfaktor "Umweltschutz" bewegt hat.

Struktur der Umweltschutzinvestitionen

Von den 62,2 Mill. DM für Umweltschutzzwecke von 1971 - 1973 überhaupt getätigten Investitionen entfallen mit 43,4 Mill. DM etwa 70% auf Maßnahmen zur Luftreinhaltung. Auch in den einzelnen Jahren steht diese Investitionsart eindeutig im Vordergrund. In deutlichem Ab-

stand folgen mit 11 Mill. DM (17,6%) Investitionen im Bereich der Abwasserbeseitigung. Zur Verminderung von Lärmbelastungen sind 6,7 Mill. DM (10,8%) aufgewendet worden; hier ist das Ergebnis allerdings durch einen Einzelfall im Jahre 1972 stark beeinflusst; das gilt auch für das Jahr 1973 im Bereich der Luftreinhaltung. Die Investitionen für die Abfallbeseitigung haben im Berichtszeitraum nur 1,1 Mill. DM (1,8%) betragen und insofern kein nennenswertes Gewicht gehabt. Hier ist jedoch zu bedenken, daß die Abfallbeseitigung aus wirtschaftlichen und technischen Gründen in der Regel außerhalb der Betriebe, d. h. im öffentlichen Bereich, vorgenommen wird und dafür Gebühren und Beiträge zu entrichten sind, die nicht in den Investitionsdaten enthalten sind.

Umweltschutzinvestitionen
in der schleswig-holsteinischen Industrie 1971 - 1973

- Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten -

		1971	1972	1973	Zusammen
Investitionen insges.	Mill. DM	800,9	824,6	882,3	2 507,8
darunter für Umweltschutz	Mill. DM	15,3	19,6	27,3	62,2
	%	1,9	2,4	3,1	2,5
davon für Luftreinhaltung	Mill. DM	12,3	9,2	21,9	43,4
	%	80,5	47,1	80,3	69,9
Abwasserbeseitigung	Mill. DM	2,2	4,5	4,3	10,9
	%	14,3	22,8	15,7	17,6
Lärmbekämpfung	Mill. DM	0,6	5,2	0,9	6,7
	%	3,9	26,6	3,2	10,8
Abfallbeseitigung	Mill. DM	0,2	0,7	0,2	1,1
	%	1,3	3,5	0,8	1,8

Die relativ hohen Aufwendungen im Bereich der Luftreinhaltung bedeuten nicht zwangsläufig, daß die Luftverschmutzung den Hauptanteil der Umweltbelastung darstellt, sondern nur, daß hier das Verursacherprinzip - Schäden sind da zu beseitigen, wo sie entstehen und von dem, der sie verursacht - uneingeschränkt und direkt durchgreift, und daß überdies die Betroffenen in fast allen Industriezweigen zu finden sind. Die volle Integration der Schutzanlagen (z. B. Staubfilter, Abgasfilter) in den Produktionsprozeß schließt weitgehend eine Verlagerung auf Dritte aus, wie sie etwa bei der Abfallbeseitigung üblich ist. Die Kosten der Abfallbeseitigung schlagen sich hauptsächlich in Zahlungen an Dritte für den Transport zu oder die Lagerung und Beseitigung in betriebsfremden Anlagen nieder, die nach dem derzeitigen Erhebungskonzept jedoch nicht ermittelt werden.

Abschließend noch einige Daten zur umweltspezifischen Investitionsintensität: Im jähr-

²) Kostenfaktor "Umweltschutz" in Ifo-Schnelldienst, Heft 6, 1975, S. 4

³) ebenda, Seite 3

lichen Durchschnitt der Beobachtungsperiode betragen die Investitionen in den schleswig-holsteinischen Industriebetrieben 4 328 DM je Beschäftigten, davon entfielen 107,20 DM (2,5%) auf Investitionen für Umweltschutz, mit

anderen Worten von 1 000 DM Investitionsaufwand je Beschäftigten kamen rund 25 DM Umweltschutzzwecken zugute.

Siegfried Schwarz

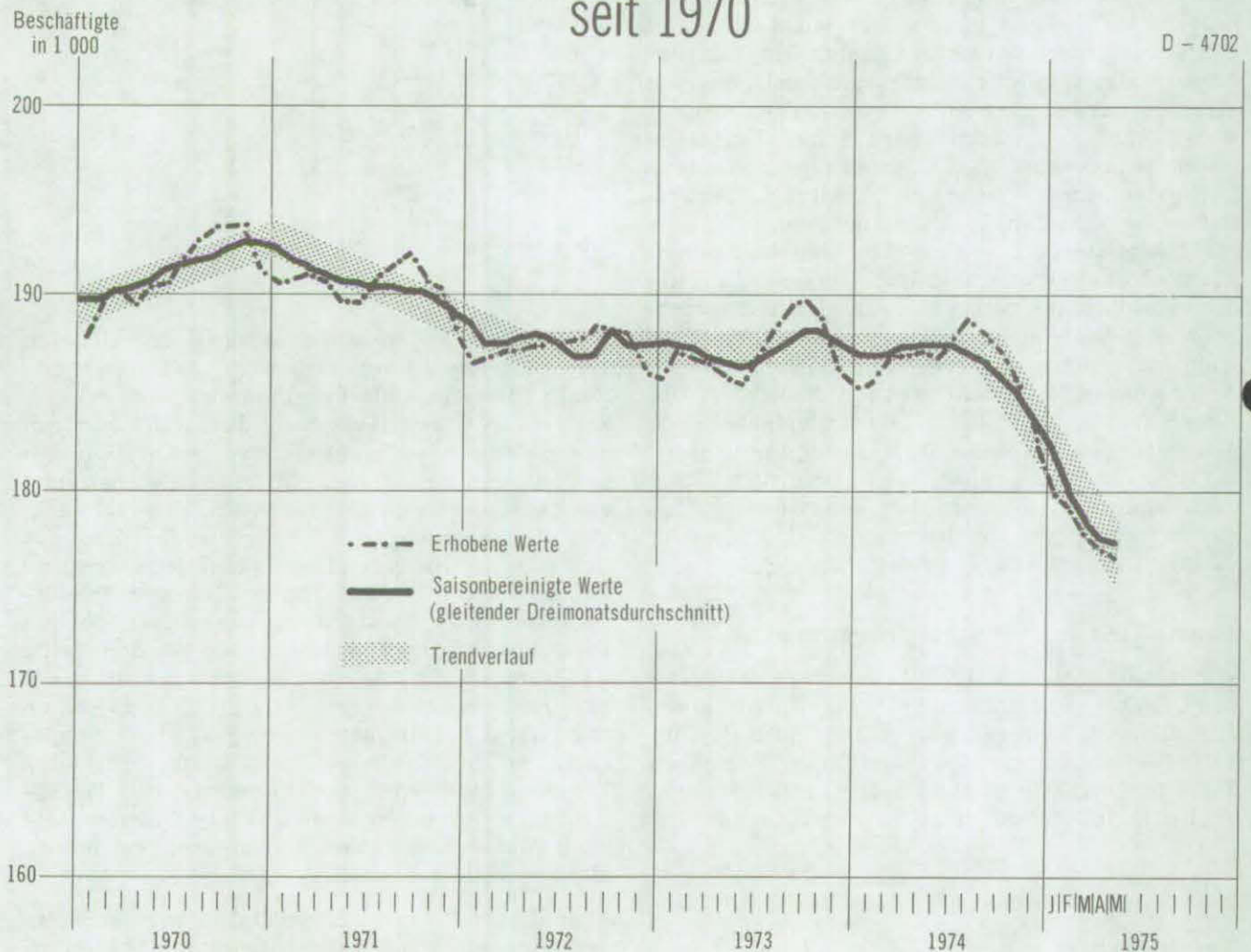
Aktuelles aus der Industrie

dargestellt an der Beschäftigtenentwicklung

Seit der Jahreswende 1973/74 haben in der Bundesrepublik die beiden großen sozialen Gruppen der Erwerbstätigen, Unternehmer und Arbeitnehmer, infolge der konjunkturellen und strukturellen Probleme im produzierenden Bereich erhebliche Sorgen. Zu den Faktoren, die hierfür unmittelbar verantwortlich sind, gehören die Ölkrise, die Bauflaute und die Absatzschwäche auf dem Kraftfahrzeugmarkt.

Die zunächst nur in wenigen, aber bedeutsamen Branchen aufgetretenen Schwierigkeiten dämpften die Investitionsneigung der Unternehmen. Sie führten im weiteren Verlauf - infolge tatsächlicher oder drohender Arbeitslosigkeit und der Furcht vor Verdiensteinbußen durch Kurzarbeit oder den Fortfall von Überstunden - zur Kaufzurückhaltung breiter Bevölkerungsschichten und erfassten damit den gesamten

Entwicklung der Industriebeschäftigten in Schleswig-Holstein seit 1970



Konsumbereich. Mit dem Schrumpfen des Auslastungsgrades der Produktionskapazitäten ging schließlich die Freisetzung von Arbeitskräften in fast allen Industriezweigen einher. Die Zahl der beschäftigungslosen Arbeitnehmer stieg auf eine viele Jahre, auch während der Rezession 1967, nicht erreichte Höhe. Eine kräftige Teuerungswelle - u. a. eine Folge der Preisexplosion bei wichtigen Rohstoffen - begleitete diese Entwicklung: Die jährliche Preissteigerungsrate auf der industriellen Erzeugerstufe überschritt 1974 in der Spitze deutlich die 10%-Marke. Die starke Ausweitung des Exports (sie war nur möglich, weil die Teuerungsrate bei der Mehrzahl unserer Außenhandelspartner erheblich höher lag als hierzulande) konnte die negativen Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation der bundesdeutschen Industrie zwar mildern, aber nicht ausgleichen. Der folgende Bericht befaßt sich mit den Ausstrahlungen der vorstehend kurz skizzierten bundesweiten Rezession auf den Beschäftigteneinsatz der schleswig-holsteinischen Industrie; ihm liegt - soweit nichts anderes vermerkt wurde - eine Gegenüberstellung der von den Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten Ende April 1975 gemeldeten tätigen Personen zum gleichen Monat des Vorjahres zugrunde.

Der Trend der industriellen Beschäftigtenentwicklung war in den vergangenen fünf Jahren durch drei Wendepunkte gekennzeichnet (siehe Bild). Nach Erreichen des bisherigen Rekordstandes im Herbst 1970 trat bis Mitte 1972 ein allmählicher Abbau der für Phasen der Hochkonjunktur typischen Überbesetzung mit Arbeitskräften ein. Danach folgten zwei Jahre der Stagnation, die im Herbst 1974 von einem ungewöhnlich starken Einbruch abgelöst wurde, dessen Ende noch nicht abzusehen ist¹.

Während die Beschäftigtenentwicklung in der schleswig-holsteinischen verarbeitenden Industrie bis zum Sommer 1974 noch keine Schwächetendenzen hatte erkennen lassen, setzte im Herbst eine konjunkturelle Abschwungphase ein, die bis Ende April 1975 - verglichen mit dem gleichen Vorjahresmonat - zu einem Rückgang um 10 000 Erwerbstätige führte. Die Vorjahreszahl wurde um mehr als 5% unterschritten. Mit 177 000 Industriebeschäftigten wurde ein Stand registriert, der z. T. erheblich hinter dem jahreszeitlich vergleichbaren Niveau der vorangegangenen sechs Jahre zurückblieb. Der

Zusammenhang zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik ist unverkennbar.

Entwicklung der Beschäftigten
in den schleswig-holsteinischen Industriebetrieben
mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten

	Industriebeschäftigte				saisonbereinigte Zahlen (gleitender Dreimonats- durchschnitt)	
	erhobene Zahlen		Veränderung gegenüber gleichem Vorjahresmonat		Anzahl	Ver- änderung gegen- über Vormonat %
	Anzahl		absolut	%		
1974 Januar	185 365	- 482	- 0,3	187 000	- 0,3	
Februar	185 706	- 1 424	- 0,8	186 800	- 0,1	
März	186 928	+ 38	+ 0,0	187 000	+ 0,1	
April	187 120	+ 594	+ 0,3	187 500	+ 0,2	
Mai	187 239	+ 1 333	+ 0,7	187 600	+ 0,1	
Juni	186 919	+ 1 359	+ 0,7	187 600	- 0,0	
Juli	187 536	+ 920	+ 0,5	187 500	- 0,0	
August	188 831	+ 360	+ 0,2	187 100	- 0,2	
September	188 151	- 1 470	- 0,8	186 700	- 0,2	
Oktober	187 245	- 2 607	- 1,4	185 800	- 0,5	
November	185 545	- 3 406	- 1,8	185 200	- 0,3	
Dezember	183 139	- 3 037	- 1,6	183 700	- 0,8	
1975 Januar	180 154	- 5 211	- 2,8	182 100	- 0,9	
Februar	179 333	- 6 373	- 3,4	179 900	- 1,2	
März	178 034	- 8 894	- 4,8	178 600	- 0,7	
April	177 143	- 9 977	- 5,3	177 600	- 0,5	
Mai	176 637	- 10 602	- 5,7	177 300	- 0,2	

1) Als Korrekturfaktor für die Saisonbereinigung diente der Quotient aus der jahresdurchschnittlichen Beschäftigtenzahl (Dividend) und der für das jeweilige Monatsende erhobenen Zahl (Divisor) im Durchschnitt der Jahre 1970 bis 1974

Zu einem Beschäftigtenabbau größeren Stils kam es insbesondere in den von der anhaltenden Bauflaute geprägten Produktionsbereichen. Rund 5 000 Erwerbstätige, fast die Hälfte aller in Jahresfrist freigesetzten industriellen Arbeitskräfte, verloren ihren Arbeitsplatz in Betrieben, deren Produktionsprogramm - zumindest teilweise - unmittelbar oder mittelbar auf die Bautätigkeit ausgerichtet ist, und zwar:

Steine und Erden	1 400 (- 18 %)
Holzbe- und -verarbeitung	1 100 (- 19 %)
Gießereindustrie	570 (- 19 %)
Kunststoffverarbeitung	520 (- 13 %)
Stahl-, Leichtmetallbau	480 (- 8 %)
Feinkeramik	470 (- 17 %)

Damit haben diese, der eigentlichen Bauproduktion vorgelagerten Zweige der verar-

1) Die bei Redaktionsschluß vorliegenden Mai-Ergebnisse signalisieren indes eine Konsolidierung des Konjunkturklimas. Der in den Wintermonaten 1975 stark beschleunigte Beschäftigtenrückgang kam nämlich im Mai fast zum Stillstand, nachdem er sich im April bereits deutlich verlangsamt hatte

beitenden Industrie ihre Belegschaftsstärke in Jahresfrist etwa gleich stark abgebaut (- 15%) wie das Bauhauptgewerbe selbst (- 14%).

Die schwache Kaufneigung der privaten Konsumenten spiegelt sich im kräftigen, alle zugehörigen Zweige erfassenden Rückgang der Beschäftigtenzahl im Verbrauchsgüterbereich (- 10%) wider, deren klassische Branchen, die Leder-, Schuh-, Textil- und BekleidungsHersteller, in den vergangenen 12 Monaten 1 200 Beschäftigte freisetzen (- 12%). Selbst der sonst relativ beschäftigungsstabile Nahrungs- und Genußmittelsektor schränkte den Beschäftigteneinsatz in Jahresfrist deutlich ein, nämlich um 1 300 Erwerbstätige oder 5%.

Von den wenigen Zweigen, die trotz der allgemeinen Konjunkturschwäche noch eine expansive Entwicklung aufwiesen, sind insbesondere der Schiffbau und die Feinmechanische Industrie zu nennen. In beiden Fällen waren hierfür Sonderfaktoren bestimmend: Die Werften verfügen zur Zeit allgemein noch über hohe Auftragspolster aus langfristig abgeschlossenen Neubauverträgen. Eine kontinuierliche Beschäftigung wird dadurch aber kaum garantiert. Gerade die jüngsten Annullierungen von Aufträgen im Tankerbau (eine Folge der Erschütterungen des Erdölmarktes, verstärkt durch die allgemeine wirtschaftliche Rezession in der westlichen Welt) haben gezeigt, wie rasch sich die Situation ändern kann. Darüber hinaus ist die Rentabilität mancher Unternehmen heute stärker denn je durch den scharfen internationalen Wettbewerb

bedroht. - Hinsichtlich der Feinmechanischen Industrie ist anzumerken, daß der Anstieg der Beschäftigtenzahl von nur einem Großbetrieb mit stark spezialisiertem Fertigungsprogramm getragen wird.

Der Beschäftigteneinsatz war in allen kreisfreien Städten und Kreisen des Landes rückläufig, am stärksten in den Kreisen Plön und Ostholstein (- 11%). Demgegenüber war die Einbuße an industriellen Arbeitsplätzen in den Kreisen Schleswig-Flensburg (- 2%) und Nordfriesland (- 1%) vergleichsweise gering. In den kreisfreien Städten wurden, sieht man von Neumünster ab, relativ weniger Arbeitskräfte freigesetzt als im Landesdurchschnitt.

In Schleswig-Holstein verlief der Abbau der industriellen Beschäftigung mit der Entwicklung im Bund weitgehend - zeitlich um eine Reihe von Monaten versetzt und graduell abgeschwächt - konform. Hatten die Betriebe im Lande bis Ende August 1974 im Vorjahresvergleich noch keine Schrumpfung des Beschäftigteneinsatzes zu verzeichnen gehabt, so waren zu diesem Zeitpunkt im Bund bereits mehr als 3% der tätigen Personen freigesetzt worden. Der Rückgang wuchs bis Ende März 1975 auf 6,2% (Schleswig-Holstein: - 4,8%). Mit Ausnahme des Bergbaues, waren auch im Bund alle großen Bereiche betroffen, am stärksten die Verbrauchsgüterindustrien.

Hermann Egge

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte".

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Gebiet und Bevölkerung	
Eheschließungen und -lösungen	4/75
Mehrlingsgeburten	3/50
Bildung und Kultur	
Altersstruktur der Studenten	1/2
Ausländische Studenten	3/53
Wahlen	
Landtagswahl (Teil 1: Landes- und Wahlkreisergebnisse)	6/130
Erwerbstätigkeit	
Erwerbstätige und Beruf (Teil 1)	6/126
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
90 Jahre Raiffeisen	2/27
Industrie und Handwerk, Energiewirtschaft	
Ausländer in der Industrie	6/146
Handwerk 1974	6/144
Industrie-Investitionen 1973	1/11
Verarbeitende Industrie 1974	1/8
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Baugewerbe am Wendepunkt?	2/32
Die nächste Wohnungszählung	1/16
Investitionen im Baugewerbe	1/13
Handel und Gastgewerbe	
Umsatzentwicklung im Gastgewerbe	2/46
Zur Statistik im Einzelhandel	4/83
Öffentliche Sozialleistungen	
Krankenversicherung	3/71
Öffentliche Finanzen	
Bilanzstruktur 1969	6/139
Körperschaftsteuer 1971	2/39
Löhne und Gehälter	
Struktur Löhne und Gehälter	3/57
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	
Sozialprodukt (Teil 1)	4/87
Verschiedenes	
Geldwertsicherung mit statistischen Bezugsgrößen	5/97

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

27. Jahrgang . Heft 7 . Juli 1975

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974			1975			
		Monats- durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 573	2 583	2 580	2 580	2 582	2 584
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 266	1 248	1 343	1 114	1 778	894	1 237
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	5,9	5,8	6,1	5,3	8,1	4,5	5,6
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 199	2 129	2 284	2 139	2 305	1 989	2 124
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	10,3	9,9	10,4	10,1	10,5	10,0	9,7
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 693	2 674	3 031	2 720	2 540	2 917	3 087
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,6	12,4	13,3	12,8	11,6	14,7	14,1
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	48	38	38	34	35	33	39
*	je 1 000 Lebendgeborene	21,7	18,0	16,6	15,9	15,2	16,6	18,4
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 494	- 545	- 747	- 581	- 235	- 928	- 963
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 2,3	- 2,5	- 3,4	- 2,7	- 1,1	- 4,7	- 4,4
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	8 280	7 145	6 982	7 717	7 110	5 709
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 468	6 204	6 049	6 675	5 330	4 784
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 812	+ 941	+ 933	+ 1 042	+ 1 780	+ 925
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 318	10 248	9 965	10 383	9 414	9 198
Wanderungsfälle	Anzahl	25 066	23 597	22 996	24 775	21 854	19 691
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	165	157	150	166	143	146
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	14	29	30	26	23	55	50	48	43
darunter *Männer	1 000	8	17	18	15	13	35	32	29	26
Offene Stellen	1 000	20	14	17	17	17	10	12	13	13
darunter für Männer	1 000	13	8	10	10	9	6	6	7	7
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 496 ^a	1 507 ^a
darunter *Milchkühe	1 000	504 ^a	495 ^a
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	504 ^a	495 ^a
*Schweine	1 000	1 659 ^a	1 567 ^a	.	1 714	.	.	.	1 621	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	168 ^a	168 ^a	.	174	.	.	.	163	.
darunter *trächtig	1 000	111 ^a	111 ^a	.	113	.	.	.	107	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	31	36	31	34	32	34	29	35	25
*Kälber	1 000 St.	1	2	2	2	2	1	2	1	1
*Schweine	1 000 St.	200	214	193	210	208	186	200	214	196
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	7 ^b	7 ^c	7	6	4	9	6	5	4
*Schlachtungsmengen⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	24,2	27,2	24,8	26,2	25,7	24,1	24,2	27,1	23,0
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	8,0	9,5	7,9	8,6	8,1	8,8	7,7	9,3	6,7
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	16,1	17,5	16,7	17,4	16,7	15,1	16,3	17,6	16,2
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	264	270	263	262	258	270	271	272	268
Kälber	kg	95	96	95	93	92	90	88	93	91
Schweine	kg	83	85	85	85	82	85	84	84	84
Geflügel										
Eingelegte Brutefür 6)	1 000	515	514	648	470	526	500	554	633	616
*für Legehennenküken	1 000	879	956	1 011	947	976	945	856	1 120	1 010
*für Masthühnerküken	1 000	825	755	699	816	821	764	755	899	809
*Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	825	755	699	816	821	764	755	899	809
*Milcherzeugung										
darunter *an Melereien geliefert	1 000 t	181	183	228	237	248	181	230	235	250
	%	93	94	94	94	94	93	94	94	94
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,8	12,0	14,7	15,8	16,0	13,1	15,0	15,8	16,3

* wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1973/74 = 10

c) Winterhalbjahr 1974/75 = 10

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974			1975			
		Monats- durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
Industrie und Handwerk										
Industrie⁸⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	187	187	187	187	187	179	178	177	177
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	138	136	137	137	137	129	127	127	126
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	22 249	21 348	22 181	22 043	22 275	19 564	19 129	20 407	19 232
*Löhne (brutto)	Mill. DM	208,6	228,2	200,5	232,9	234,8	201,4	211,4	215,2	222,0
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	97,5	113,3	100,6	111,3	111,5	112,1	116,9	117,6	119,9
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁹⁾	28	32	32	32	32	26	28	27	27
*Gasverbrauch (H _o = 8 400 kcal/cbm)	Mill. cbm	13,8	13,3	14,1	13,3	12,5	15,2	17,5	16,9	15,2
*Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	3,5	3,1	3,1	3,0	2,6	3,7	5,6	5,2	4,7
*Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	10,3	10,3	11,0	10,3	9,9	11,4	11,9	11,8	10,5
*Heizölverbrauch	1 000 t	100	96	105	98	98	80	79	82	74
*leichtes Heizöl	1 000 t	21	18	23	19	18	21	20	21	17
*schweres Heizöl	1 000 t	79	78	82	79	80	59	59	61	58
*Stromverbrauch	Mill. kWh	177	178	186	177	181	162	168	173	159
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	36	37	38	32	33	32	29	27	26
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) ¹⁰⁾	Mill. DM	1 436	1 690	1 809	1 639	1 721	1 562	1 552	1 696	1 754
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	242	318	481	285	401	359	310	362	436
Produktionsindex (arbeitstäglich)										
*Gesamtindustrie	1962=100	184	191	202	206	203	180	194	187	198
*Bergbau	1962=100	100	85	92	88	87	79	81	79	78
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1962=100	200	200	222	218	226	164	178	178	181
*Investitionsgüterindustrie	1962=100	206	234	244	249	246	229	246	247	274
*Verbrauchsgüterindustrie	1962=100	220	208	241	241	219	205	224	204	214
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1962=100	139	142	137	148	148	139	147	136	139
außerdem										
Produktionsindex für die Bauindustrie	1962=100	143	137	138	153	152	107	121	129	143
Handwerk (Meßziffern)¹¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30. 9. 1970=100	96,7	92,3	92,3	.	.	.	86,8	.	.
*Gesamtumsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1970=100	132,2	132,4	102,4	.	.	.	110,3	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	290	300	406	316	241	246	212	209	...
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	582	601	656	570	566	631	675	639	...
*Gaserzeugung (brutto) (H _o = 8 400 kcal/cbm)	Mill. cbm	10	7	11	7	6	9	9	7	5
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)										
(ab März 1975 vorläufige Zahlen)										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	61 242	55 689	56 648	56 867	56 832	48 013	47 772	48 752	49 573
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	7 906	7 268	7 580	7 983	8 274	5 187	5 569	6 841	6 537
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 576	3 018	3 311	3 304	3 393	2 052	2 239	2 662	2 545
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 342	1 186	1 259	1 411	1 374	907	996	1 150	1 087
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 790	2 845	2 821	3 059	3 239	2 096	2 186	2 819	2 708
*Löhne (brutto)	Mill. DM	90,2	88,4	83,8	91,9	103,5	62,4	69,8	81,6	88,1
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	11,3	12,1	11,0	11,0	11,9	11,1	11,0	10,9	11,6
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	282,0	274,0	228,8	209,4	225,2	170,5	185,0	197,4	198,2

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

9) eine t Steinkohleneinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

10) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974			1975			
		Monats- durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	946	728	770	840	918	608	686	725	732
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	853	674	651	795	852	568	641	673	685
*umbauter Raum	1 000 cbm	1 018	733	1 139	748	821	543	598	717	647
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	177 561	135 136	210 506	136 390	152 282	103 024	115 234	138 233	123 331
*Wohnfläche	1 000 qm	193	134	222	130	148	99	108	132	120
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)										
*umbauter Raum	1 000 cbm	775	568	485	490	518	385	516	771	611
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	90 227	75 973	71 707	54 990	76 218	41 120	85 951	101 221	81 606
*Nutzfläche	1 000 qm	141	104	88	81	98	55	98	126	110
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 305	1 634	2 981	1 415	1 795	1 150	1 186	1 526	1 381
Baufertigstellungen										
Wohnungen ¹²⁾	Anzahl	2 937	2 295	745	853	845	871	534	784	919
Wohnräume	Anzahl	11 336	9 637	3 202	3 621	3 744	3 637	2 541	3 551	4 036
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	279,8	367,5	314,9	309,1	437,1	384,5	454,9	374,6	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	32,5	47,0	45,0	53,6	47,2	53,9	39,2	49,7	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	247,3	320,5	269,9	255,5	389,9	330,6	415,7	324,9	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	5,9	8,2	8,7	7,3	8,0	8,7	8,9	8,9	...
*Halbwaren	Mill. DM	19,7	47,5	57,1	25,8	90,3	45,4	20,6	43,0	...
*Fertigwaren	Mill. DM	221,7	264,8	204,1	222,4	291,7	276,5	386,2	273,0	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	21,0	28,9	29,4	30,3	31,9	25,6	21,8	24,0	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	200,7	235,9	174,7	192,0	259,8	250,9	364,4	249,0	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	122,3	169,4	151,9	145,9	189,2	147,8	124,6	119,2	...
darunter Italien	Mill. DM	22,9	23,0	24,5	27,0	27,8	15,6	15,8	17,6	...
Niederlande	Mill. DM	25,6	46,3	37,6	28,8	32,8	29,6	29,6	33,5	...
Dänemark	Mill. DM	22,0	33,9	33,0	27,1	49,9	39,6	27,2	30,8	...
Großbritannien	Mill. DM	18,4	25,2	16,0	23,6	34,4	21,9	20,8	28,1	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	65,4	58,2	53,5	48,0	100,6	63,8	86,7	55,4	...
darunter Norwegen	Mill. DM	27,5	8,4	6,8	6,3	5,9	11,4	26,6	11,5	...
Schweden	Mill. DM	19,0	26,0	20,4	20,4	71,4	27,6	17,8	20,5	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	133,6	141,2	131,5	r 139,9	142,3	124,8	143,4	152,2	...
*Index der Gastgewerbesumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	119,2	136,0	101,2	r 126,6	131,4	95,2	125,6	116,8	...
Fremdenverkehr in 134 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	200	210	102	170	212	78	153	p 135	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	18	17	9	19	19	8	14	p 15	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 659	1 724	441	856	1 151	303	784	p 645	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	37	36	19	32	34	16	29	p 26	...
Verkehr										
Seeschifffahrt ¹³⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 121	1 189	1 167	1 213	1 221
Güterversand	1 000 t	399	518	525	526	485
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	236	231	256	234	238	217	217	204	211
*Güterversand	1 000 t	327	296	275	304	331	179	200	209	219
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	7 522	6 282	7 988	8 186	7 925	7 033	9 692	10 623	...
*Personenkraftwagen ¹⁴⁾	Anzahl	92	80	133	185	148	83	160	208	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	6 693	5 585	7 035	7 296	7 132	6 427	8 708	9 589	...
	Anzahl	386	294	364	378	349	243	360	328	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 428	1 293	1 063	1 167	1 374	1 054	p 1 164	p 1 144	p 1 393
*Getötete Personen	Anzahl	61	55	56	54	56	48	p 50	p 49	p 42
*Verletzte Personen	Anzahl	1 891	1 698	1 423	1 558	1 761	1 319	p 1 583	p 1 492	p 1 847

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

12) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

13) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

14) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974			1975			
			Monats- durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁵⁾										
*Kredite 16) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	23 133	24 984	23 603	23 557	23 740	25 152	25 490	25 497	...
darunter										
*Kredite 16) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	22 352	24 024	22 800	22 792	22 954	24 196	24 528	24 540	...
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	4 903	5 176	5 146	5 068	5 060	5 075	5 231	5 094	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 882	5 147	5 120	5 043	5 041	5 038	5 187	5 044	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	21	29	26	25	19	37	44	49	...
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 068	2 215	2 017	2 023	2 034	2 229	2 197	2 180	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 925	2 028	1 879	1 883	1 895	2 037	2 002	1 975	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	143	187	139	140	139	192	195	205	...
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	15 382	16 633	15 637	15 702	15 860	16 892	17 100	17 266	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	12 934	13 944	13 187	13 249	13 385	14 138	14 280	14 388	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 448	2 689	2 450	2 452	2 474	2 754	2 820	2 878	...
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁶⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	18 446	20 182	18 452	18 548	18 747	20 333	20 231	20 419	...
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	10 614	11 529	10 628	10 724	10 891	11 498	11 249	11 164	...
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	6 645	7 374	6 736	6 787	6 887	7 264	7 102	7 054	...
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	3 969	4 155	3 892	3 937	4 004	4 235	4 147	4 109	...
*Spareinlagen	Mill. DM	7 832	8 654	7 824	7 824	7 856	8 835	8 983	9 256	...
*bei Sparkassen	Mill. DM	4 686	5 169	4 680	4 677	4 694	5 260	5 316	5 437	5 545
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	411	469	400	392	380	464	514	680	563
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	380	400	413	392	348	365	366	407	375
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	16	21	20	35	14	15	11	23	18
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1,3	1,9	2	4	2	-	1	4	4
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	437	494	473	495	470	370	424
*Wechselsumme	Mill. DM	1,541	3,945	1,675	4,458	12,825	1,524	2,171
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	373 472	426 990	458 090	306 389	364 993	422 514	458 799	261 532	380 824
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	278 599	323 334	367 935	209 837	269 820	280 292	366 901	182 599	281 167
*Lohnsteuer 17)	1 000 DM	186 403	220 801	129 903	178 777	248 057	254 265	124 433	125 938	263 258
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	72 222	79 352	193 797	24 463	8 421	17 065	199 464	41 943	6 662
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	2 004	2 462	9 025	2 377	1 263	2 428	1 118	3 199	1 006
*Körperschaftsteuer 17)	1 000 DM	17 970	20 719	43 333	4 220	12 079	6 534	41 885	11 518	10 240
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	94 873	103 656	90 155	96 552	95 173	142 222	91 898	78 933	99 657
*Umsatzsteuer	1 000 DM	68 131	67 757	56 934	59 037	59 663	111 174	64 765	50 379	69 559
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	26 742	35 899	33 221	37 515	35 509	31 047	27 133	28 554	30 098
*Bundessteuern	1 000 DM	116 332	90 245	130 177	122 617	110 349	47 661	39 876	36 032	25 601
*Zölle	1 000 DM	10 676	10 146	10 001	10 545	10 518	188	194	308	50
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	99 163	72 545	110 243	106 338	93 502	41 171	35 035	31 309	22 135
*Landessteuern	1 000 DM	30 039	31 533	28 920	27 472	41 936	39 051	24 636	30 625	40 971
*Vermögensteuer	1 000 DM	5 700	6 842	3 972	1 681	16 114	15 505	2 450	1 129	15 990
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	17 414	17 958	18 280	19 887	19 571	16 104	17 012	22 503	18 487
*Biersteuer	1 000 DM	951	986	723	699	1 043	720	695	788	982
*Gemeindesteuern im Vierteljahr	1 000 DM	187 078 ⁺	208 162 ⁺	182 093	.	.	.	200 645	.	.
*Grundsteuer A 18)	1 000 DM	7 114 ⁺	7 101 ⁺	6 969	.	.	.	6 509	.	.
*Grundsteuer B 19)	1 000 DM	26 496 ⁺	25 830 ⁺	26 383	.	.	.	27 689	.	.
*Gewerbsteuer				
nach Ertrag und Kapital (brutto) ²⁰⁾	1 000 DM	121 447 ⁺	140 023 ⁺	113 635	.	.	.	121 297	.	.
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	15 929 ⁺	17 983 ⁺	18 032	.	.	.	19 265	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	296 497	292 702	348 283	297 542	250 814	209 525	257 633	189 832	171 564
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	110 391	127 619	161 309	90 692	80 507	73 729	160 778	79 548	84 175
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	61 668	65 303	56 798	60 828	59 959	87 824	56 977	48 938	61 788
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	8 106	9 535	-	23 406	-	312	-	25 314	-
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	232 862	258 394	257 139	203 904	254 302	293 670	257 519	191 647	264 831
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	129 683	150 765	161 309	90 692	145 266	157 465	160 778	79 548	150 720
*Anteil an den Steuern vom Umsatz ²¹⁾	1 000 DM	65 034	66 561	66 910	62 334	67 099	96 842	72 106	56 160	73 140
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	8 106	9 535	-	23 406	-	312	-	25 314	-
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	250 030 ⁺	285 639 ⁺	208 686	.	.	.	219 102	.	.
*Gewerbsteuer				
nach Ertrag und Kapital (netto) ²²⁾	1 000 DM	72 809 ⁺	82 811 ⁺	101 086	.	.	.	110 844	.	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	111 589 ⁺	134 689 ⁺	39 142	.	.	.	39 365	.	.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974			1975			
				März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einfuhrpreise	1970=100	112,6	144,8	146,0	145,2	143,9	140,7	140,2	140,0	...
Ausfuhrpreise	1970=100	112,3	131,4	128,3	129,8	130,5	135,6	136,2	136,4	...
Grundstoffpreise ²³⁾	1962=100	120,3	143,3	143,3	144,0	144,4	142,7
Erzeugerpreise										
Industrieller Produkte ²³⁾	1970=100	114,1 ^e	129,4 ^f	126,7	127,9	129,1	134,6	134,6	135,3	135,4
landwirtschaftlicher Produkte ²³⁾	1961/63=100	118,7 ^e	118,8 ^f	118,0	114,5	114,0	120,5 ^p	121,7 ^p	123,8	...
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude ²⁴⁾	1962=100	187,1	200,8	.	.	202,2	203,7
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ²³⁾	1962/63=100	127,3 ^e	139,8 ^f	143,5	143,0	143,3	150,5	150,5	151,5	...
Einzelhandelspreise	1962=100	131,6	141,7	138,5	139,9	141,1	148,4	148,9	149,7	150,5
*Preisindex für die Lebenshaltung ²⁵⁾	1970=100	118,8	127,1	125,2	125,9	126,7	132,0	132,6	133,6	134,4
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1970=100	118,0	123,6	122,3	123,4	124,8	127,1	127,7	129,3	130,9
Kleidung, Schuhe	1970=100	120,7	129,7	127,3	128,5	129,0	135,0	135,3	135,5	135,9
Wohnungsmieten	1970=100	119,2	125,1	123,8	124,2	124,7	129,3	130,6	132,0	133,0
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970=100	128,2	149,8	150,1	143,5	144,8	157,8	158,0	159,1	158,8
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970=100	114,3	123,1	120,8	121,4	122,0	130,2	130,2	130,9	130,9
Löhne und Gehälter²⁶⁾										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	402	429	.	422
darunter *Facharbeiter	DM	426	455	.	445
*weibliche Arbeiter	DM	241	273	.	267
darunter *Hilfsarbeiter	DM	232	263	.	258
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	9,11	9,85	.	9,68
darunter *Facharbeiter	DM	9,67	10,40	.	10,21
*weibliche Arbeiter	DM	5,98	6,73	.	6,58
darunter *Hilfsarbeiter	DM	5,75	6,50	.	6,36
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	44,0	43,4	.	43,6
weibliche Arbeiter	Std.	40,2	40,5	.	40,6
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 009	2 226	.	2 199
*weiblich	DM	1 355	1 512	.	1 485
Technische Angestellte										
*männlich	DM	2 196	2 432	.	2 399
*weiblich	DM	1 321	1 501	.	1 481
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 796	1 948	.	1 911
*weiblich	DM	1 129	1 252	.	1 222
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 708	2 193	.	2 155
weiblich	DM	1 384	1 537
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	1 861	2 041	.	2 007
weiblich	DM	1 184	1 322	.	1 294
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 151	2 410	.	2 375
weiblich	DM	1 325	1 502	.	1 483

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

15) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassensämter

16) einschließlich durchlaufender Kredite

17) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

18) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

19) einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten

20) Gewerbesteuerzuschüsse abgeglichen

21) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagzahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970

22) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

23) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

24) nur Neubau

25) alle privaten Haushalte

26) Effektivverdienste

d) Bestandszahlen bei Geld und Kredit: Stand 31.12.

e) Wirtschaftsjahr 1972/73 (Juli-Juni)

f) Wirtschaftsjahr 1973/74 (Juli-Juni)

Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahres- mittel) in 1 000	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
1970	2 494 ^a	7,5	14,1	13,2	2	24	1 003	115	386	215	286
1971	2 529	7,0	13,3	12,6	2	31	997	110	377	216	293
1972	2 554	6,4	11,5	12,8	- 3	24	1 006	85	395	210	317
1973	2 573	5,9	10,3	12,6	- 6	22	1 017	75	387	223	333
1974	2 583	5,8	9,9	12,4	- 7	11	1 003	65	388	214	336

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen		
	Schüler am 20.9. ²⁾			Schulabgänger in %				Bruttoinlandsprodukt		
	Grund-, Haupt- und Sonder- schulen	Real- schulen	Gymnasien	mit weniger als Haupt- schul- abschluß	mit Haupt- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1962
								Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate	
in 1 000							in %		in Mill. DM	
1970	249	51	50	23	42	24	11	22 878	13,7	17 438
1971	256	56	54	23	42	25	11	25 935	13,4 ^b	18 257 ^b
1972	262	61	60	22	43	24	11	28 547 ^b	10,1 ^b	18 834 ^b
1973	267	66	65	31 811 ^b	11,4 ^b	19 746 ^b
1974	267	72	69	34 752 ^c	9,2 ^c	20 399 ^c

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3.12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁵⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁴⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ³⁾									
in 1 000				in 1 000							
1970	1 407	493	1 774	4 920	476	2 744	2 139	4 232	1 350	414	565
1971	1 364	477	1 667	4 846	477	2 848	2 085	4 297	1 698	322	596
1972	1 421	498	1 598	5 012	386	2 756	2 137	4 381	1 679	264	611
1973	1 496	504	1 659	4 746	415	2 661	2 166	4 323	1 710	242	628
1974	1 507	495	1 567	4 300	481	2 815	2 196	4 397	1 929	298	637

Jahr	Industrie ⁶⁾											Bauhaupt- gewerbe
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz ⁷⁾		Energieverbrauch			Produktions- index 9)	
	insgesamt	Arbeiter				insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl			
			1 000 t	SKE	1 000 t				schwer			
	in 1 000		in Millionen	Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM		8)	1 000 t		1962=100	
1970	191	145	289	1 887	799	12 840	1 725	400	1 130	906	163	64
1971	191	143	279	2 084	909	14 365	1 975	312	1 124	895	169	64
1972	188	139	267	2 231	1 020	15 275	2 399	245	1 142	897	172	63
1973	187	138	267	2 503	1 170	17 234	2 904	332	1 201	952	184	63
1974	187	136	256	2 738	1 359	20 285	3 811	380	1 152	932	191	57

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen, ohne Soldaten

2) ohne integrierte Gesamtschulen, und zwar 1972 rund 1 300 Schüler, 1973 rund 1 250 Schüler, 1974 rund 1 600 Schüler

3) ohne Ammen- und Mutterkühe

4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

5) gewerbliche und Hauserschlächtungen, einschließlich des übergebetlichen Versandes, ohne übergebetlichen Empfang

6) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

7) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

8) Umrechnungsfaktor für Steinkohleneinheit (SKE): Steinkohle und Steinkohlenbriketts = 1,0; Steinkohlenkoks = 0,97; Braunkohlenbriketts = 0,69

9) arbeitstätig

10) einschließlich unbezahlter mithelfender Familienangehöriger

a) Ergebnis der Volkszählung vom 27.5.1970

b) vorläufige Ergebnisse

c) erste vorläufige Ergebnisse

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 28. Februar 1975			Bevölkerungsveränderung im Februar 1975			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1975	
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw ²⁾
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)					
		in %						
FLENSBURG	94 513	- 0,1	- 0,8	- 27	- 52	- 79	26 251	23 936
KIEL	263 929	+ 0,2	- 0,6	- 119	+ 646	+ 527	74 124	67 532
LÜBECK	233 904	- 0,1	- 0,7	- 131	- 97	- 228	62 366	56 203
NEUMÜNSTER	85 599	+ 0,0	- 0,7	- 9	+ 14	+ 5	26 275	23 433
Dithmarschen	131 828	- 0,1	- 0,7	- 58	- 52	- 110	47 195	36 654
Hzgt. Lauenburg	151 085	+ 0,1	+ 0,6	- 59	+ 198	+ 139	48 514	41 034
Nordfriesland	161 440	- 0,2	- 0,1	- 64	- 212	- 276	58 473	46 458
Ostholstein	185 907	- 0,0	+ 0,1	- 101	+ 81	- 20	60 503	50 527
Pinneberg	253 198	- 0,0	+ 0,3	- 69	+ 5	- 64	81 873	71 407
Plön	113 461	- 0,2	+ 0,3	- 23	- 179	- 202	41 934	34 592
Rendsburg-Eckernförde	235 602	+ 0,0	+ 0,5	- 83	+ 120	+ 37	81 791	66 826
Schleswig-Flensburg	176 579	+ 0,1	+ 0,5	- 53	+ 168	+ 115	66 236	52 124
Segeberg	192 879	+ 0,1	+ 2,1	- 40	+ 147	+ 107	72 841	61 359
Steinburg	131 218	- 0,1	- 0,9	- 47	- 49	- 96	45 103	36 390
Stormarn	172 957	+ 0,1	- 1,7	- 45	+ 187	+ 142	58 683	50 849
Schleswig-Holstein	2 583 899	- 0,0	+ 0,2	- 928	+ 925	- 3	852 162	719 324

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Mai 1975 (vorläufige Zahlen)		
	Betriebe am 30.4.1975	Beschäftigte am 30.4.1975	Umsatz ⁴⁾ im April 1975 MILL. DM	Unfälle	Getötete ⁵⁾	Verletzte
FLENSBURG	57	8 500	89	41	2	55
KIEL	143	29 022	203	146	3	180
LÜBECK	140	27 209	183	130	3	152
NEUMÜNSTER	74	9 792	55	57	-	76
Dithmarschen	59	5 919	149	63	2	76
Hzgt. Lauenburg	97	8 848	66	68	5	84
Nordfriesland	46	2 404	43	102	3	146
Ostholstein	76	5 755	49	111	5	155
Pinneberg	224	22 354	181	125	2	155
Plön	39	2 365	21	49	2	67
Rendsburg-Eckernförde	122	11 037	119	108	4	152
Schleswig-Flensburg	67	4 429	75	94	5	129
Segeberg	177	14 197	132	123	3	174
Steinburg	95	9 929	113	83	-	129
Stormarn	136	15 383	218	93	3	117
Schleswig-Holstein	1 552	177 143	1 696	1 393	42	1 847

1) nach dem Gebietsstand vom 28. Februar 1975

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 131 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. Dezember 1974			Offene Stellen am 30. 4. 1975 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im April 1975			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber			1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine Insgesamt am 3. 12. 1974	Rindvieh am 3. 12. 1974	
		VZ 1961	31. 12. 1973						insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %								
Schleswig-Holstein	2 584	+ 11,5	+ 0,2	13	235	93,8	15,8	1 567	1 507	495
Hamburg	1 734	- 5,4	- 1,0	12	2	94,7	13,2	13	17	4
Niedersachsen	7 265	+ 9,4	+ 0,1	29	479	91,4	15,8	5 756	2 937	1 008
Bremen	724	+ 2,5	- 0,7	4	2	87,1	14,1	7	17	5
Nordrhein-Westfalen	17 218	+ 8,2	- 0,2	74	272	95,9	13,7	4 350	1 913	663
Hessen	5 576	+ 15,8	- 0,1	26	118	88,0	12,2	1 469	902	320
Rheinland-Pfalz	3 688	+ 7,9	- 0,3	13	82	85,6	11,4	711	684	242
Baden-Württemberg	9 226	+ 18,9	- 0,1	38	212	80,6	10,2	2 135	1 822	696
Bayern	10 849	+ 14,0	- 0,0	40	583	87,5	10,1	4 130	4 546	1 930
Saarland	1 103	+ 2,9	- 0,8	3	10	79,7	12,5	66	75	27
Berlin (West)	2 024	- 7,9	- 1,2	10	0	24,4	15,5	10	1	1
Bundesgebiet	61 992	+ 10,3	- 0,2	262	1 994	89,5	12,3	20 213	14 420	5 390

Land	Industrie ¹⁾				Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Januar 1975			
	Beschäftigte am 28. 2. 1975 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Februar 1975		Produk- tions- index 3) (1962=100) im Februar 1975	Beschäftigte am 31. 1. 1975		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
		MiL. DM	Auslands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	179	1 562	23	180	49	19	997	3,9	546	2,1
Hamburg	180	2 003	17	.	32	18	256	1,5	337	1,9
Niedersachsen	707	5 580	21	145	143	20	2 763	3,8	1 333	1,8
Bremen	99	896	20	.	16	22	414	5,7	81	1,1
Nordrhein-Westfalen	2 402	19 465	25	.	314	18	4 397	2,6	2 671	1,6
Hessen	670	4 284	24	.	110	20	2 367	4,2	576	1,0
Rheinland-Pfalz	382	3 421	31	.	71	19	2 005	5,4	708	1,9
Baden-Württemberg	1 476	9 460	24	167	190	21	3 637	3,9	3 145	3,4
Bayern	1 303	8 143	23	.	211	19	4 069	3,8	3 428	3,2
Saarland	159	1 049	36	.	17	15	389	3,5	-	-
Berlin (West)	211	1 374	13	.	34	17	792	3,9	220	1,1
Bundesgebiet	7 768	57 237	24	.	1 188	19	22 086	3,6	13 045	2,1

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. Januar 1975			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im März 1975				Bestand an Spar- einlagen ⁷⁾ am 31. 3. 1975 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen					
	ins- gesamt in 1 000	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden			
		Anzahl	je 1 000 Einwohner									im 1. Vierteljahr 1975		
		in DM je Einwohner												
Schleswig-Holstein	852	719	278	1 164	50	1 583	140	3 476	293	285	...			
Hamburg	524	476	274	759	22	1 039	140	6 473	463	1 857	...			
Niedersachsen	2 431	2 033	280	3 076	174	4 165	141	4 272	288	291	...			
Bremen	215	193	267	284	5	334	119	4 925	366	1 100	...			
Nordrhein-Westfalen	5 262	4 684	272	6 884	244	9 200	137	4 932	326	449	...			
Hessen	1 933	1 661	298	2 340	90	3 299	145	5 478	342	454	...			
Rheinland-Pfalz	1 274	1 048	284	1 493	73	2 160	150	4 629	286	327	...			
Baden-Württemberg	3 194	2 692	292	3 793	182	5 504	150	5 130	352	441	...			
Bayern	3 809	3 044	281	4 146	247	6 093	153	5 299	293	332	...			
Saarland	340	302	274	478	22	660	143	4 239	293	331	...			
Berlin (West)	514	465	230	879	17	1 167	135	4 557	273	608	...			
Bundesgebiet	20 347 ^{a)}	17 317 ^{a)}	279	25 296	1 126	35 204	144	4 937	319	428	...			

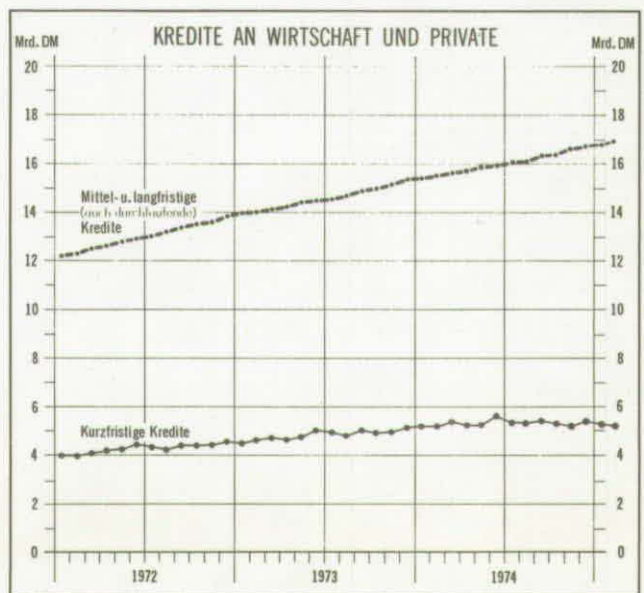
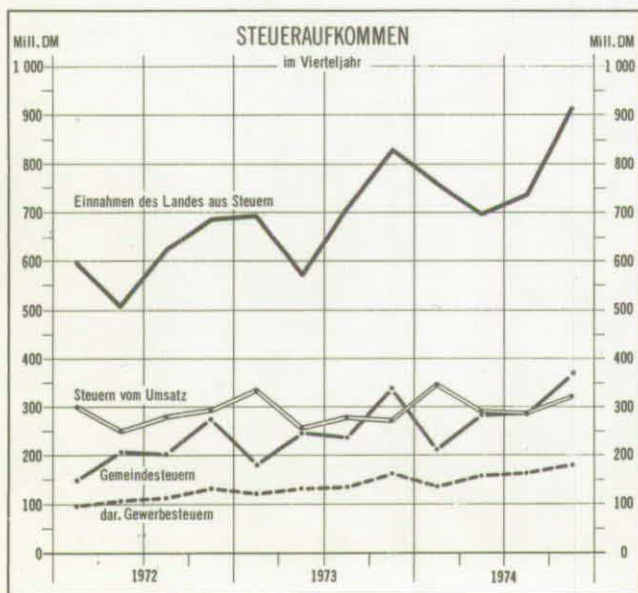
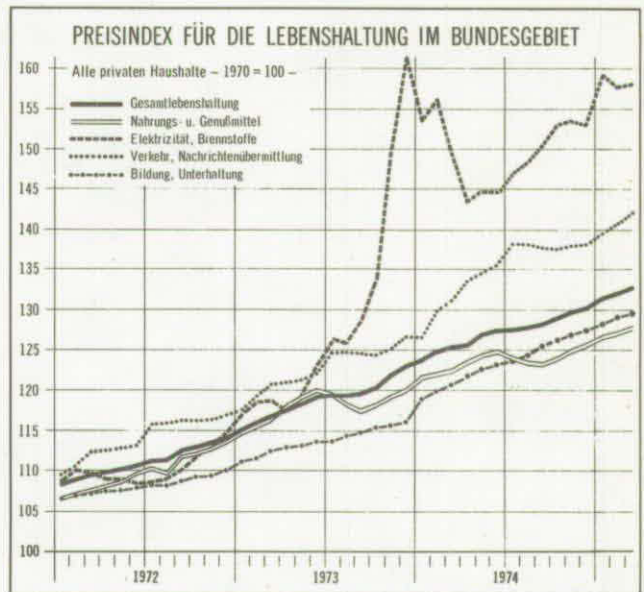
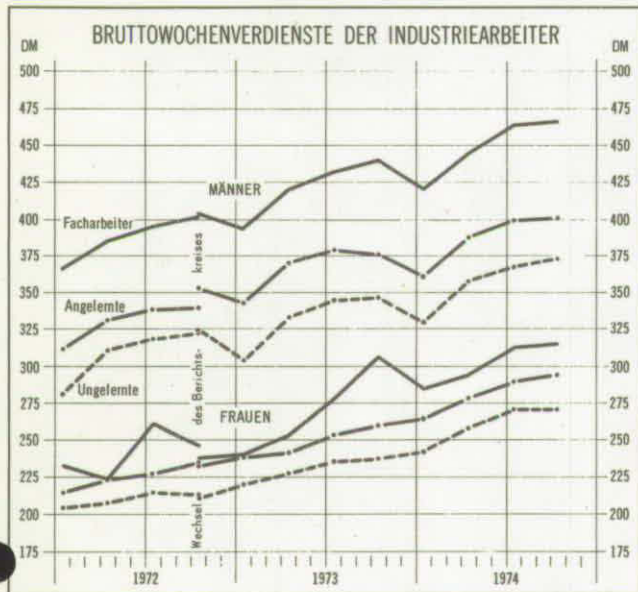
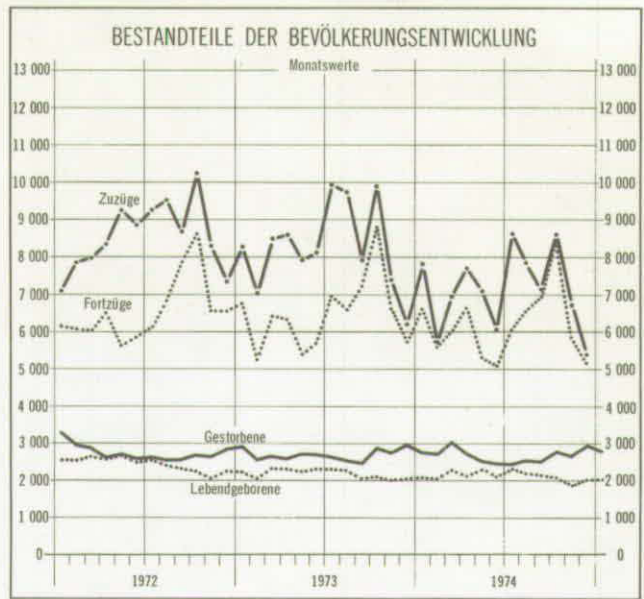
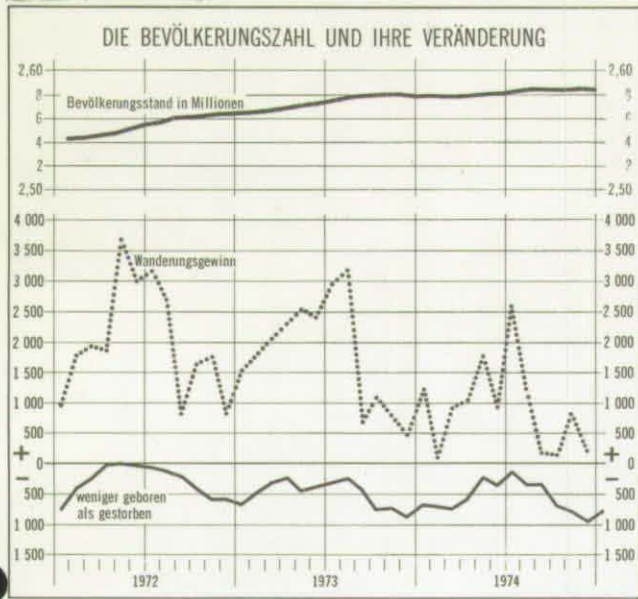
*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

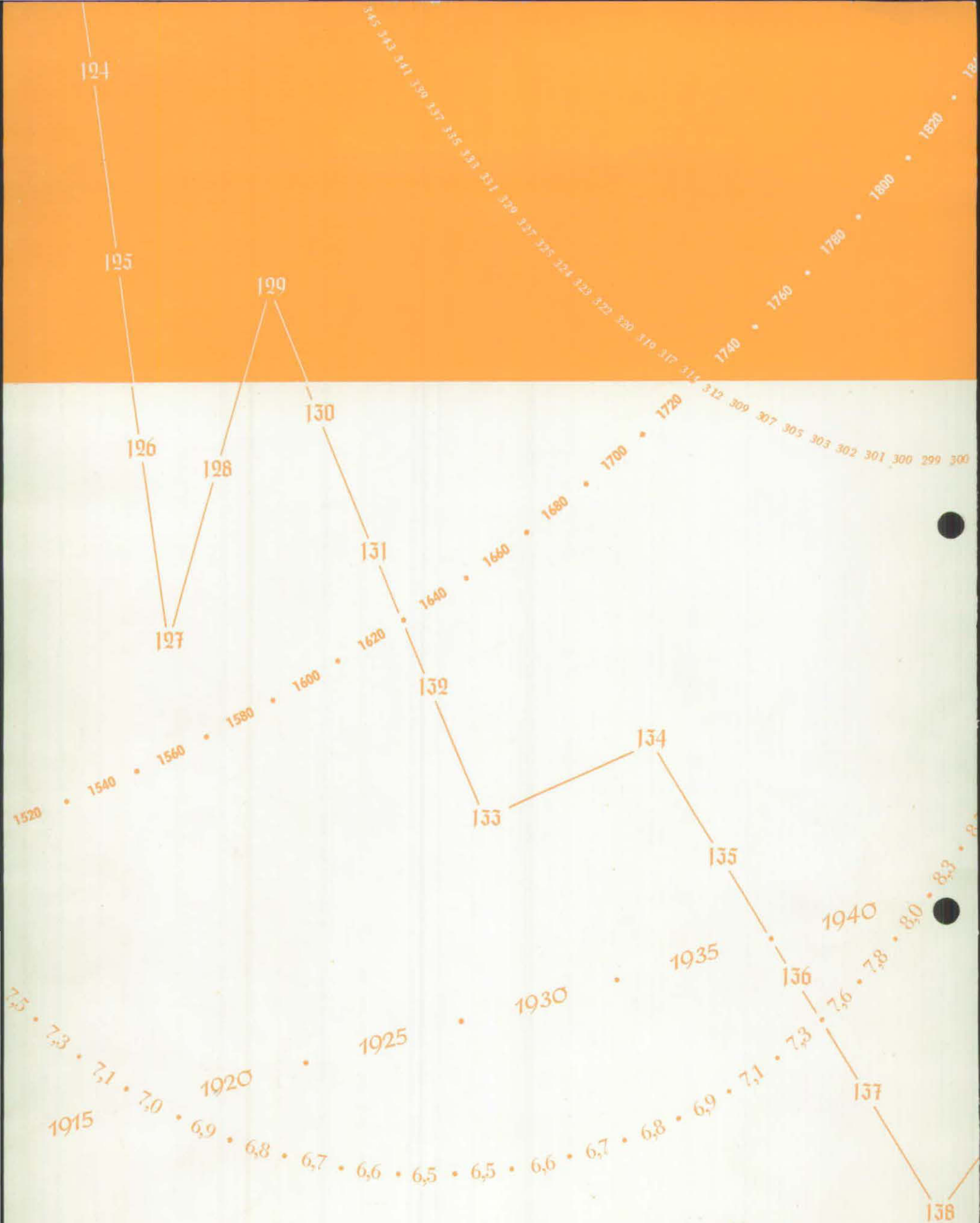
- 1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke
- 2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer
- 3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt
- 4) ohne Bundespost und Bundesbahn
- 5) einschließlich Kombinationskraftwagen
- 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen
- 7) ohne Postspareinlagen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen